

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Die Interfons-Gebühr

Beträgt für die (schwarz)gedruckte Kolonelle oder deren Raum 60 Wg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Wg., „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Wg. (gültig für 21 Tage), jedes weitere Wort 10 Wg., Stellenanzeigen und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

## Die Entscheidung.

Gestern ist der Reichskanzler von seinem Urlaub zurückgekehrt. Spät genug. Denn das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit wartete schon wochenlang darauf, daß er als verantwortlicher Leiter des Deutschen Reiches auf den Wunsch und Willen des Volkes wenigstens Rede und Antwort stehe. Noch ist über seine enghaltige Stellungnahme zu den Fragen, die das Volk im innersten Erregung, nichts bekannt. Aber wie ein offizielles Blatt meldet, hat im Reichsamt des Innern eine mehrstündige Konferenz stattgefunden, die sich mit der Frage einer Widerrückung der Fleischbeschauvorschriften beschäftigte. Und das gleiche Organ glaubt mitteilen zu können, daß die Konferenz zu der Überzeugung gelangt ist, daß eine Aufhebung des bekannten § 12 des Fleischbeschaugesetzes unnötig geworden ist.

Die Industrie habe es dahin gebracht, daß sie ohne Entfernung der im genannten Paragraphen aufgeführten Teile Fleisch im gefrorenen Zustande aus Argentinien und Australien nach Deutschland zu importieren vermöge, und die Reichsbehörden sollen sich auch bereits darüber vergewissert haben, daß die Industrie in der Tat in einer für die Gesundheit des Fleisches gefahrlosen Weise diese Einfuhr zu bewerkstelligen vermöge.

Diesen unglaublichen Beschluß sollen der Staatssekretär des Innern Delbrück und der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Veser am gleichen Nachmittag dem Kanzler in einem Vortrage über die Fleischsteuerung übermitteln haben. Sollten sich der Kanzler und der Bundesrat diese Auffassung zu eigen machen, so würde das Unbegreifliche und Undenkbare Ereignis geworden sein, daß auch angefaßt der höchsten Not die Regierung wiederum kalt und unartig bleibt.

Der Paragraph 12, der in seinen Konsequenzen die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch so gut wie unmöglich macht, lautet:

Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Wäulen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten oder sonstigen Gemengen aus zerleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten. — Im übrigen gelten für die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland folgende Bedingungen:

1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Häuter, und bei Schweinen in Häuten zerlegt sein können, eingeführt werden. — Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter in natürlichem Zusammenhange verbunden sein.

2. Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt. Die Feststellung gilt als unausführbar insbesondere bei Sendungen von Wurstfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als 4 Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Die Bestimmungen, daß die inneren Eingeweide bei langem Transport in natürlichem Zusammenhange mit dem Tierkörper bleiben müssen, macht eine Einfuhr überhaupt unmöglich oder verteuert sie unnötig. Tierärzte und Nahrungsmittelhygieniker stehen auf dem Standpunkt, daß diese Vorschriften überflüssig sind und daher nur schädlich wirken. Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß England Jahrzehnte hindurch Gefrierfleisch ohne Schaden für die Gesundheit des Volkes bezogen hat und weiter bezieht, wie jetzt auch andere Staaten, z. B. die Schweiz, zum Bezug von überseeischem Fleisch übergehen. Wo ein Verderben des Fleisches vorkommt, ist das nach dem Urteil von Fachleuten stets nur der ungenügenden Durchführung der technischen Prozesse zuzuschreiben. Bei diesen Einwänden sind noch anzubringen, ist unnötig. Kein ehrlicher unterrichteter Mensch darf es wagen, die erlogenen Behauptungen von der Gesundheitsgefährlichkeit zu wiederholen.

Auch über den Mangel an Schmachthaltigkeit des Kühl- und Gefrierfleisches brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Den zahlreichen Stimmen, die für den Wohlgeschmack des überseeischen Fleisches eintreten, fügen wir nur ein neues Zeugnis bei.

In einer Londoner Zeitung berichtet ein Teilnehmer eines Gastmahls:

Unter dem Vorsitz von Dr. F. S. Zoogood, dem Oberarzt des Leisham-Krankenhaus, fand jüngst in London ein interessantes Festessen statt, das sogenannte „Arme-Leute-Essen“, das gewissermaßen als Illustration zu den im kommenden Oktober im Hofaal der Gesellschaft der Medizinischen Beamten abzuholdenden Vorträgen über „Vernünftiges Essen in gesunden und kranken Tagen“ dienen soll. Eine sehr hübsche und doch schmackhafte Fischsuppe, die an Fischweilen hergeköchelt war, die gewöhnlich von den Fischhändlern weggeworfen werden, eröffnete den Reigen; ihr folgte eine Fleischsuppe, dann gelochter Schellfisch zu 3 Pence das Pfund, mit Kartoffeln als Zutat; gepökelte Heringe, mit Zitronen, Tomaten und Gewürzen garniert, waren für besondere Liebhaber. Der nächste Gang war ein saftiges Stück australisches Hammelfleisch zu 35 Pfennig das Pfund, mit Blumenkohl und Bratkartoffeln als Beilage. Ein dampfendes Stück gekochtes Ochsenfleisch zu 30 Pfennig das

Pfund war ein weiteres Beispiel für eine Mahlzeit, die für eine Familie mit beschränkten Mitteln in Betracht kommt, während Hafenspecker, der sogenannte Arbeiterlederhosen, zu 3 Pence das Pfund berechnet war, einschließlich der Gaskosten, wie der Doktor noch besonders mit erwähnte. Säfte Speise und Getränke folgten. Dr. Zoogood betonte, daß geeignete Nahrung, reinlich zubereitet, mehr als der halbe Sieg im Kampfe gegen die Schwindsucht bedeutet und gab seinen Gästen Beispiele, wie überraschend weit der Schilling eines armen Mannes reichen kann.

In Deutschland „stellte“ die Konferenz im Reichsamt des Innern allerdings „fest“, daß auch ohne Aufhebung des § 12 die Industrie Fleisch aus Argentinien und Australien zu importieren vermöge und daß die Reichsbehörden sich vergewissert hätten, daß die Industrie das in der Tat ohne Gefährdung der Gesundheit tun könne. Wahrlich, der Konferenz fehlt es an Dreistigkeit in der Verpötlung des Volkes nicht! Sogar große Kommunen klagen, solange der § 12 bestehen bleibt, könnten sie nicht Rindfleisch zur Vinderung der Not ihrer Bürger einführen, obgleich sie selbst auf einen Gewinn dabei verzichten wollten! Da soll es nun der Industrie, die im Zeitalter des Privatkapitalismus selbstverständlich auf Profit angewiesen ist, möglich sein, Fleisch einzuführen! Weshalb bestehen denn besondere Interessentenvereine, die eine Agitation zur Aufhebung des § 12 zwecks erleichterter Einfuhr von Rindfleisch entfalten? Statt der Hilfe sügt die Regierung zur Not des Volkes nur blutigen Hohn.

Da sind die Agrarier wieder einmal ehrlicher und offener als die feig und bang zwischen dem Drohen der Junter und dem Notgeschrei der Massen hin- und herschwankende Regierung. In der gestrigen „Deutschen Tageszeitung“ tritt Dertel für den gefährdeten Profit der Agrarier ein. Zwar fälscht auch er die Tatsachen: nicht die Bauern, sondern die Großgrundbesitzer sind an der Grenzsperrung interessiert. Aber er gesteht doch wenigstens ein, daß der § 12 tatsächlich eine unüberwindliche Hemmung für die Einfuhr von Rindfleisch bildet. Dertel fürchtet gerade, daß durch die Aufhebung des Paragraphen der Handel Profit aus der Einfuhr ziehen könnte und in echt demagogischer Weise malt er die „bis zu 15 Prozent Dividende“ der kommenden Einfuhr-gesellschaften an die Wand.

Dertel treibt in seinem Schlußwort die Demagogie noch weiter und droht der Regierung mit dem — Reichstag! Als ob die Junter nicht stets auf den Willen des Volkes und seiner Vertreter gepfiffen und die Regierung nicht direkt zum Widerstand gegen den Willen des Reichstags aufgepeitscht hätten! Also lautet der Schluppsatz aus dem Artikel des reichstagsfrummen Dertel:

„Zum Schluß mag noch gesagt werden, daß die Hoffnung, der Reichstag werde dem argentinischen Gefrierfleisch zuliebe die in Betracht kommenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes abändern, auf sehr schwachen Füßen steht. Die Rechte würde selbstverständlich dagegen sein, das Zentrum dürste, wenn man seine frühere Haltung in Betracht zieht, nicht dafür zu haben sein, und die Nationalliberalen würden es sich, besonders nach den Ausführungen Dr. Böhmers, stark überlegen, ob sie dafür eintreten würden. Die Regierung würde sich also, wenn sie wirklich das Undenkbare und Unbegreifliche tun sollte, voraussichtlich eine parlamentarische Schlappe zuziehen; sie würde für die Vinderung der jetzigen Steuerung nichts tun, wohl aber den Bauernstand nicht nur gefährden und schädigen, sondern — opfern. Das kann sie nicht wollen.“

Die Ankündigung einer parlamentarischen Schlappe wirkt um so komischer, als der jetzige Reichstag bereits am 20. März eine Resolution auf Aufhebung des § 12 angenommen hat. Eine Änderung in der Zusammensetzung hat doch bisher nicht stattgefunden. Die Regierung könnte also bereits jetzt auf Grund des Beschlusses vom 20. März den § 12 aufheben. Oder haben sich die Konservativen bereits die Zusicherung der Zentrumsmänner und Nationalliberalen auf erneuten Verrat eingeholt? Die christlichen Gewerkschaftsleute fordern dauernde Abwehrmaßnahmen gegen die Steuerung. Wollen ihre Führer im Parlament sie zur offenen Rebellion treiben?

Auch im Bundesrat wird es der Regierung nicht an Stimmen für die Aufhebung des § 12 fehlen. Die Hanfastaaten tun sich schon jetzt zusammen, um die Einfuhr von Gefrierfleisch in die Hand zu nehmen. In der Bundesratsversammlung werden sie also sicher für die gesetzliche Erleichterung ihrer Maßnahmen eintreten. Auch in Bayern hat sich der Zentrumsmann v. Soden bereits gebunden, gegen den § 12 vor dem Bundesrat zu stimmen. Sollten etwa seine Handlungen keine Worte Lügen strafen? Nur das agrarische verächtliche Preußen konnte wiederum den Willen der Massen mit Füßen treten. Die Hanfastaaten und einzelne süddeutsche Staaten haben sich bereits so gut wie gebunden. Auch die kleinen Staaten Mitteldeutschlands werden sich vielleicht doch nicht für den § 12 ins Zeug legen wider den Willen ihrer Bürger.

Auf Preußens Entscheidung kommt es auch in dieser Frage wiederum in erster Linie an. Preußen wird sich den Wafel der Sünde wider die Gesundheit des gesamten deutschen Volkes einbrennen, wenn es bei dem unbegreiflichen Beschluß verharren sollte. Und Preußens Ministerpräsident und des Deutschen Reiches Kanzler wird persönlich dafür die Verantwortungen tragen müssen.

Im ganzen Lande tobt der Sturm der Empörung gegen die Schuldigen. Wenn die gesamte Linke Ernst macht mit ihrem Willen, keinen Cent zu bewilligen, kein Gesetz zu verabschieden, ehe der Not gesteuert, wird die Regierung nachgeben müssen. Nur eine Entscheidung ist für das Volk unentbehrlich: daß die Regierung die Hungernden weiter zum Genuß von Freibrot-, Pferde- und Hundefleisch zwingen will.

#### Viehucht und Getreidezoll.

Ein Kenner landwirtschaftlicher Verhältnisse schreibt der „Frankf. Zig.“ aus der Pfalz:

Je mehr man den Getreidebau durch den Hochzoll künstlich rentabel macht, je mehr man andererseits die Viehucht durch die Futtermittelzölle verteuert, desto stärker ist der Anreiz für den Landwirt, den Getreidebau zu forcieren und die Viehzucht zu beschränken. Die Agrarier suchen diesen Zusammenhang zu verdunkeln. Aber in Wirklichkeit ist er eine Tatsache, die unbestreitbar ist und von der man sich gerade auch in der Pfalz überzeugen kann. In den Gegenden, in denen nicht genügend Wiesenfläche vorhanden ist, sondern die Futtermittel fast ausschließlich durch Feldbau (Acker, Mais) zu beschaffen sind, geht die Viehucht rasch zurück. Wir haben es erlebt, daß mittlere Bauern in diesem Jahre ihr Vieh (20 bis 30 Stück) auf einmal veräußerten bis auf ein oder zwei Stück Rindvieh, die den häuslichen Milchbedarf decken sollten. Greifen solche Erscheinungen aber weiter um sich, dann ist nicht nur Fleischmangel, sondern auch Milchknappheit die Folge. Nicht der Mangel an Futtermitteln überhaupt, sondern der Mangel an billigen Futtermitteln veranlaßt leistungsfähige Bauern zur Aufgabe der Viehucht. Es erscheint diesen Landwirten zu kostspielig, ihre Acker zum Bau von Futtermitteln herzugeben. Schuld daran ist der Getreidezoll, wie viele Landwirte ruhig zugestehen. Es erscheint ihnen rentabler, möglichst alle anbaufähigen Flächen zur Gewinnung teuren Getreides auszunutzen. Das ist ein glatterer Geschäft, als erst Futtermittel zu pflanzen und durch sie auf dem mühevolleren Umweg über die Viehucht zu Geld zu kommen. Man baut Getreide und bekommt sein schönes glattes Geld auf die Hand. Ich kenne Orte mit großen Ackerbauflächen und großer Landwirtschaft, wo von einer Viehucht gar nicht mehr geredet werden kann. Man hält nur noch die notwendigen Arbeitspferde und Arbeitskräfte und baut teures Getreide (in der Vorderpfalz auch viele Zuckerrüben). Es gibt Bauernhöfe, in denen man Milch nur mit großer Not, Butter fast gar nicht bekommt. Warum? Es ist kein Vieh mehr da. Man baut Braugerste, die man teurer verkaufen kann. Der Staat „zahlt's ja.“ Diese durch unsere Zollpolitik veranlaßte Gewohnheit hat in letzter Zeit derartige Fortschritte gemacht, daß selbst viele sonst verhältnismäßig reichliche viehzüchtenden Kleinbauern zu dieser neuen Art der Landwirtschaft übergehen. Sie halten nur noch soviel Vieh, wie zur Bestellung des Feldes erforderlich erscheint. Ich habe sogar schon beobachtet, daß manche kleinen Landwirte sich Vieh zu Leihen, um ihre Ernte einbringen zu können, die sie dann um glattes Geld „verlopfen“. In wiesenerreicheren Gegenden ist ziemlich viel Vieh vorhanden, aber die Landwirte verkaufen es nicht, da sie es infolge einer ziemlich ergiebigen Heuente durchfüttern können. Sie wollen es stärker heranfüttern, um infolge größeren Gewichts und noch höherer Fleischpreise größere Summen erlösen zu können.

#### Der kolossale Rückgang des Fleischkonsums.

Auf dem städtischen Schlachthof in Berlin sind, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ mitteilt, im vorigen Monat August 2564 Rinder, 3162 Kühe und 7320 Schweine weniger geschlachtet worden, als in demselben Monat im Vorjahre. Auch die Zufuhr von frischem Fleisch von auswärts nach der Fleischgroßmarkthalle hat erheblich nachgelassen. Bei den hohen Fleischpreisen, die eine Folge dieses schon lange anhaltenden Rückganges der Vieh- und Fleischzufuhr sind, müssen viele — selbst Personen mit gutem Einkommen — den Fleischverbrauch einschränken. Wann endlich wird die Regierung die Grenzen für Schlachtvieh öffnen?

#### Butterkrieg in Heidebrands Domäne.

Die sehr die Behauptungen der Agrarier, daß die Butterkriege in Niederalefien das Werk der Sozialdemokratie sind, Lügen gestraft werden, beweist die Tatsache, daß in Miltich die Hausfrauen durch gemeinschaftliches Vorgehen die Butterpreise auf 1,10 Mark pro Pfund herabgedrückt haben. Miltich, eine Ackerstadt, fast ohne Industrie, gehört zum Wahlkreis des ungeliebten Königs von Preußen und dort hat die moderne Arbeiterbewegung bis jetzt noch nicht nennenswert Wurzeln lassen können.

Zu einem allgemeinen Butterkriege in ganz Niederschlesien hat eine große Versammlung in Liegnitz am Montagabend das Signal gegeben. Da sich die Händler unter dem Schutze der Polizei nur Preisstreibern zusehulden kommen ließen, wurde auf Anregung von 22 Städten beschlossen, den Einkauf aller Volkserzeugnisse bis zum 28. September zu unterlassen. Der Kampf richtet sich in erster Linie gegen die von Großagrarern gebildeten Volkereien, die auf dem Markte preisbildend auftreten.

#### Die Maßnahmen der Kommunen.

Der sozialdemokratische Verein in Köln hatte durch eingehend motivierte Anträge von der Stadt Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung verlangt. In großen Volksversammlungen wurde eine Deputation gewählt, die mit der städtischen Verwaltung verhandelt hat. Die Stadtverwaltung hat nun eine Denkschrift ausgearbeitet, die der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine ganze Anzahl von Vorschlägen macht, die sich zumeist im Rahmen der sozialdemo-

Praktischen Anträge betrogen und einen bedeutenden Erfolg unserer Köhner Genossen darstellen, die übrigens dank dem Dreiklassenwahlsystem keinen einzigen Vertreter im Rathhause haben. Die Denkschrift der Stadtverwaltung gibt die Fleischnot in ihrem ganzen Umfange zu. Zwischen den Zeiten wird immer wieder die agrarische Zoll- und Grenzsteuernpolitik für die Not verantwortlich gemacht. Es liege „eine außerordentliche Fleischsteuerung“ vor, die sich noch verschärfen und die nicht von kurzer Dauer sein werde.

Zur Abhilfe verlangt die Denkschrift von den Regierungen vorübergehende Aufhebung oder Ermäßigung der Zölle auf frisches und auf getrocknetes Fleisch, Ermäßigung der Frachttarife für Vieh und Fleisch. Weiter wird verlangt: Zunächst ist die einschlägige Statistik weiter auszuwerten und die Möglichkeit einer Förderung der Produktion durch Aufbarmachung der Kolonien und die Förderung der Errichtung von Großmälzereien auf genossenschaftlicher Grundlage ins Auge zu fassen. Die Untersuchung würde sich auch auf den Einfluss des Zwischenhandels und der großen privaten Schweinemälzereien sowie der Zoll- und Seuchengefährdung auf die Preisbildung zu erstrecken haben.

Weiter sagt die Denkschrift: Die Stadtverwaltung beabsichtigt, frisches Rindfleisch in großen Mengen anzukaufen und den Köhner Schlächtern unter Berechnung des Selbstkostenpreises zum Weiterverkauf zu bestimmten Preisen zu überlassen. In erster Linie kommt hierfür dänisches Rindfleisch in Betracht. (Die Köhner Ochsenmehlgeminnung hat sich bereits notgedrungen bereit erklärt, das von der Stadt zu beschaffende Fleisch zu einem von der Stadt festgesetzten Preise zu verkaufen, der den Schlächtern einen Gewinn von 8 Pf. pro Pfund zuweist, wodurch das Fleisch um 20 Pf. billiger zu haben ist als gegenwärtig.) Dann fordert die Denkschrift verstärkte Einfuhr ausländischer Rindfleisch sowie ausländischen Geflügels durch Vermittlung der Stadt.

Der Gemeinderat der Stadt Straßburg wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Fleischsteuerung befassen. Von der dazu eingesetzten Kommission werden dem Gemeinderat u. a. vorgeschlagen: Versuchsweise Einfuhr von Gefrierfleisch, Einrichtung einer städtischen Mastanstalt für Schweine und sofortige Inangriffnahme der Vorarbeiten zur Gründung einer Viehmarktsbank, die den Reggern Darlehen vermitteln soll.

Im Ratschluß der Landtage hat unsere Fraktion zur Fleischsteuerung folgende Interpellation eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, in Anbetracht der gegenwärtig herrschenden allgemein bekannten Fleischnot im Bundesrat unverzüglich für die größte Erleichterung bei Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh einzutreten. Sie wolle weiter darauf hinwirken, daß der Reichstag sofort einberufen wird, um zu dieser äußerst wichtigen Lebensfrage des Deutschen Reiches Stellung zu nehmen. Der Landtag wolle ferner die Staatsregierung ersuchen, den Gemeinden des Landes bei Fleischbegang für die ärmere Bevölkerung eine weitgehende Unterstützung zu gewähren und seine Zustimmung erteilen, daß zu diesem Zwecke vorläufig bis zu 20 000 M. aus den Ueberschüssen der abgelaufenen Finanzperiode verwendet werden.“

### Hanfband und Fleischsteuerung.

Der Hanfband hatte am Dienstag Vertreter des Gewerbandes und der Landwirtschaft zu einer Konferenz berufen, deren Gegenstand die Erörterung der Fleischsteuerung bildet. Außer den Vertretern verschiedener Schlächtereinnungen war der Präsident des Deutschen Bauernbundes, Bachhorst de Wende, und die Reichstagsabgeordneten Leube, Dr. Hoppe, Koch, Roland, Lude, v. Richterhofen und Dr. Wendorf, sowie die Direktoren des Berliner Schlachthofes und Vertreter der Viehkommissionäre anwesend. Die Vertreter der Schlächtereinnungen besprachen, daß dem Schlächtern eine Schuld an den hohen Fleischpreisen beigegeben werden könne, während die Vertreter der Landwirtschaft den Gedanken des Zollschutzes energisch verteidigten und nur betonten, daß die deutsche Landwirtschaft sich mehr der Viehhaltung zuwenden müsse. Insbesondere wurde ein Vorschlag diskutiert, der dahin ging, den Domänenbesitzern die Pflicht größerer Viehhaltung aufzuerlegen. Einzelne behaupteten schließlich auch darüber, daß zunächst Vieh aus dem Ausland eingeführt werden müsse und daß außerdem der Einfuhr von Gefrierfleisch näher zu treten sei. Für diese Einfuhr soll zunächst Argentinien und Australien in Frage kommen. Daneben müsse auch mehr als bisher für die Verbreitung der Seefischzucht gewirkt werden.

Die Aktion des Hanfbandes macht einen recht eigenartigen Eindruck, denn nach den getroffenen Feststellungen wäre eigentlich niemand, weder Landwirtschaft noch Viehhändler und auch nicht die Schlächter an der Fleischsteuerung schuld. Die getroffene Feststellung, daß der deutsche Viehzüchter nicht hinreichend, um die Fleischversorgung des deutschen Volkes zu decken, ließe aber doch ohne weiteres erkennen, daß die Schuld zunächst an der Landwirtschaft liegt, die für eine größere Ausdehnung der Viehhaltung Sorge getragen hat. Dem Hanfband kam es offenbar nur darauf an, zunächst einmal widerstrebende Interessen theoretisch unter einen Hut zu bringen; für eine Beseitigung des gegenwärtigen Notstandes bedeutet ein derart faules Kompromiß allerdings gar nichts, denn mindestens hätte sich der Hanfband für eine Suspension der Viehzölle aussprechen müssen. Das wollte er offenbar nicht, um die liberalen Agrarier, die großen Wert auf die Verbeibehaltung der Viehzölle legen, nicht vor den Kopf zu stoßen. Die Viehzölle sind aber der Kardinalpunkt der ganzen Kolonialität, unter der das deutsche Volk gegenwärtig so überaus schwer zu leiden hat. Und wenn man sich nicht dazu entschließen kann, mit aller Macht den Kampf gegen diese Kolonialität aufzunehmen, dann muß unbedingt der Eindruck entstehen, daß es dem Hanfband mehr darauf ankomme, für sich selbst eine werdende Tätigkeit zu entfalten, als wie darauf, eine Beseitigung des gegenwärtigen Notstandes herbeizuführen. Praktisch haben die im Hanfband gepflogenen Erörterungen jedenfalls herzlich wenig zu bedeuten.

### Protestversammlungen gegen die Teuerung

fanden weiter statt in Lübeck, Linden, Augsburg, Lechhausen, in Bremerhaven und in Orten an der unteren Weser, in Aeterow in Meckl., Freiburg i. N., Kiel, Reh, Colmar, in der Oberlausitz und der Umgebung von Dresden. Der Besuch war überall ein glänzender und zeugte von der tiefgehenden Erbitterung.

Am Dienstagabend haben die Christlichen Gewerkschaften in Köln eine Versammlung abgehalten, in der der Redakteur der „Waldbacher Weidwärtigen Arbeiter-Zeitung“, Joss, und der christliche Gewerkschaftsführer Stegemann sprachen. Nach reichlichen Berunglimpfungen der sozialdemokratischen Protestbewegung haben sich die beiden Herren doch genötigt, die Annahme einer Resolution herbeizuführen, die von Regierung und Kommune Maßregeln gegen die Fleischsteuerung verlangt.

### Türken und Albaner.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parbus: Während die Albanerherrscher ihren Frieden mit der Regierung geschlossen haben, wollen die albanischen Massen sich noch immer nicht beruhigen. Sie gehen jetzt auf eigene Faust vor. In Novibazar, Sjeniga, Djakova, Pristrend und Ipek wurden die Waffendepots geplündert. Daneben werden auch einfache Märdereien vorgenommen. Die Schule in Ipek wurde in Brand gesteckt, die Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen. Es kam zu Zusammenstößen mit dem Militär, wobei Mannschaften und Offiziere getötet wurden. Dennoch ist wohl anzunehmen, daß nach einiger Zeit die Massen sich verlaufen werden. Kennzeichnend ist diese Bewegung nur, weil sie zeigt, daß die albanischen Massen sich durchaus nicht zufriedengestellt fühlen. Sie fühlen sich vielmehr enttäuscht und betrogen; kurz, es wiederholt sich dasselbe, wie bei dem Ausbruch des Balkanoffensives. Denn die Bewegung der Massen entspringt gar nicht dem politischen, sondern vielmehr

einem wirtschaftlichen Nährboden. Sie verlieren den sozialen Boden unter ihren Füßen, verlieren ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit — deshalb revoltieren sie. Seit unzähligen Jahrhunderten lebten sie im Elend, aber sie waren wirtschaftlich frei, sozial unabhängig. Das hört jetzt auf, und dieser Prozeß der sozialen Vererbung kann gar nicht mehr aufgehalten werden. Darum die Unzufriedenheit, die zur Revolte treibt und die weitere Unzufriedenheit, die der Revolte folgt.

Nicht erst die Politik der türkischen Regierung, sondern der eindringende Kapitalismus ist es, der diese Zustände schafft. Der Handel hat erst diese Leute um ihre armseligen Vorräte, die Produkte ihres ländlichen Fleißes gebracht. Er schuf erst Bedürfnisse, dann den Bedarf, die Notwendigkeit Fabrikwaren zu kaufen. Die alte Geschichte! Um den neuen Bedürfnissen zu genügen, werden die alten eingeschränkt. Die kleidsame Lodenhose wurde durch billigen Kattun, eine Art Segeltuch ersetzt. Das sieht schrecklich aus, kostet dafür sehr wenig. Aber obwohl diese Fabrikware billig ist, kommt sie dem Albaner teuer zu stehen. Denn er muß sie in barem Geld bezahlen, und um Geld zu erlangen, muß er auch seinerseits verkaufen. So wird er in den Handelsverkehr hineingezogen und muß auf Gelderwerb hinausgehen. Noch schlimmer ist, daß sich die Beziehungen zwischen den Stammesältesten und der Dorfgemeinschaft unter dem Einfluß des Kapitalismus ändern. Es war ein Herrschaftsverhältnis, das jetzt seinen wirtschaftlichen Inhalt als Ausbeutungsverhältnis erhält. Nachdem der Kapitalismus die Wege zum Gelderwerb gezeigt hat, suchen die Inhaber der alten Gewalt alles zu Geld zu machen, was ihnen nur zugänglich ist. Vor allem werden die Wälder ausgeraubt. Daneben hat der Kapitalismus Reichtümer gezeigt, von denen man früher keine rechte Vorstellung hatte. Und nun gilt die Losung: wer die Macht hat, schafft sich Besitz. Wälder, Felder, Wiesen, Berge, in denen man Mineralische vermutet, alles wird angeeignet. Der Prozeß ist auch schon viel weiter gegangen. Man rüstet für die Industrie. Man braucht die politische Macht, um sich an die Spitze der industriellen Entwicklung zu setzen. Altes Regime oder neuer Parlamentarismus, Zentralisation oder Dezentralisation, Integrität der Türkei, Anschluß an Oesterreich oder Autonomie, das alles sind nur verschiedene Wege, auf denen die albanischen Notabeln ihre eigene Massenherrschaft in Albanien zu erweitern und zu begründen suchen.

Man ist noch weiter gegangen und denkt an die politische Beherrschung des Reiches, um der eigenen wirtschaftlichen Macht eine noch weitere Grundlage zu geben. Der letzte albanische Kuffand war weniger ein Kampf um albanische Fragen, als um das Kabinett, um die Herrschaft im Staate. Dies nach den Intentionen der Chéfs, der Vairakdars, während die Massen allerdings anders denken, weshalb die letzteren sich denn auch mit dem Ergebnis nicht abzufinden verstehen.

Neue politische Kombinationen tauchen auf. Man spricht von einem Bündnis zwischen den Albanern und den Arabern, die sich dadurch das türkische Element unterwerfen würden.

Derselbe Prozeß, wie in Albanien, vollzieht sich im ganzen Orient. In Armenien sind es die kurdischen Feudalen, die sich mit offener Gewalt die Länderereien aneignen, und zwar ebenso gut die armenischen wie die kurdischen; in Arabien — die Sackgasse.

### Die Lage in Armenien.

Konstantinopel, 10. September. Der armenische Patriarch hat der Porte ein Memorandum überreicht, in dem er erklärt, wenn bis morgen keine die Einstellung der armenischen Massaker zusehende Antwort gegeben werde und keine hinreichenden Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung getroffen würden, sei er gezwungen, die Entscheidungen der armenischen Nationalversammlung auszuführen, welche die Gesamtenmission der kirchlichen und Laienführerschaften, die Einstellung der Tätigkeit des Patriarchats sowie die Schließung der Kirchen und Schulen zur Folge haben würden.

### Bulgarisch-türkische Kämpfe.

Salonik, 10. September. Hier eingetroffene Meldungen besagen, daß bereits seit einigen Tagen an der bulgarischen Grenze rege Tätigkeit herrsche. Die bulgarischen Grenztruppen seien mit Erdarbeiten beschäftigt, wobei mehrere türkische Patrouillen, die die Grenze abstreifen, bedroht worden seien. Eine Patrouille sei der neutralen Zone zu nahe gekommen, worauf die Besatzungen der Wachtbunker Karatepe, Zemitepe und Diebeliga das Feuer eröffnet hätten. Die türkischen Soldaten, die Verstärkung erhielten, hätten das Feuer erwidert, wobei fünf Bulgaren getötet worden seien. Als bulgarische Verstärkungen anlangten, hätte sich das Feuer lebhafter gestaltet, weshalb die Türken die mohammedanischen Landleute bewaffnet hätten, damit sie den türkischen Grenztruppen zu Hilfe kämen. Das Feuer habe einen ganzen Tag über gedauert. Einzelheiten über die genauen Verluste fehlen noch.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. September 1912.

### Mehr katholische Millionäre!

Auf dem letzten Katholikentag wurde verschiedentlich darüber geredet, daß das „katholische“ Kapital sich zu wenig an der Gründung großer industrieller und kommerzieller Unternehmungen beteilige und deshalb die Besitzer und Leiter solcher Unternehmungen meist Protestanten seien, wodurch dem Katholizismus der erwünschte Einfluß auf die Kreise der Großindustriellen und Großhändler entzogen würde.

Diesem Uebel etwas abzuwehren wurde in Mergentheim (Württemberg) eine katholische Bank gegründet unter dem Namen: Sächsisch-Bayerische Volksbank.

In einer an Geistliche verfaßten und u. a. von drei betagten katholischen Pfarrern unterzeichneten Druckschrift heißt es, eine Unterbilanz, eine Inferiorität der Katholiken in materieller, finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung sei vorhanden, nicht bloß daß katholische Kommerzienräte und Millionäre Minderheiten sind, sondern weil wirklich vorhandenes Geld der Katholiken nicht oder viel zu wenig für die Katholiken und die katholische Sache zugewendet und zinsbar gemacht wird. Sein Auro fließt zum größten Teil in die Hände einiger Aktionäre und Großkapitalisten, deren Reichtum wieder nur (!) zu eigennütigen Zwecken und nicht im Wirtschaftsleben der katholischen Welt zum Auszug kommt. Zur Vormwärts- und Aufwärtsbewegung des Katholizismus ist eine Hebung und Konzentrierung seiner Finanzkraft unbedingt notwendig, und zwar in dem Sinne, daß der Genuß und Nutzen des eigenen Geldes dem auf christlichen Grundlagen aufgebauten sozialen und Wirtschaftsleben des Katholizismus zugute kommt.“ In einem anderen, von J. Koefer jun. an die

Geistlichen gerichteten Schreiben ist gesagt, daß über die Gründung bei der nächsten Pfarrkonferenz in A. P. ein Vortrag gehalten werde. Nicht unerwähnt solle bleiben, daß „unser Hochw. Herr Bischof (Kappeler) und unser Zentrumsführer Gröber unsere Gründung angelegentlich empfohlen.“ Und in einer dritten, ebenfalls wie die zwei genannten an die Pfarrer adressierten Druckschrift berichtet ein Würzburger Rechtsanwält Dr. Döbling, daß Heim-Regensburg an dem Plan großes Interesse habe, die Erfahrung und den Einfluß dieses Mannes bürge für eine richtige Geschäftsführung.“

Das „Neue Jahrhundert“ bemerkt zu dieser Gründung:

„Dieses neue, unter Mißbrauch der Konfession und Religion infingierten Geldunternehmens ist eine Sache, bei der es besser ist, sich vorher zu besinnen als nachher. Vermutlich in gleicher Erkenntnis schweigt sich die Zentrumspresse bis jetzt gänzlich aus, was gegenüber einer Bank, die dem „Katholizismus“ und seiner finanziellen „Inferiorität“ aufhelfen will, nicht recht ist.“

Wir finden es ganz richtig, daß der Katholizismus sich zur Jüchtung von kirchlichen Millionären und Kommerzienräten ansetzt. Je mehr derartige Kapitalisten mit streng katholischer Weltanschauung entstehen und je mehr sie die katholischen Arbeiter gemäß der Enzyklika Leo XIII. über die Arbeiterfrage ausbeuten, desto schneller werden diese Arbeiter dem Zentrum den Rücken kehren.

### Das Braganza-Komplott.

Die „Münchener Post“ schreibt in ihrer Nummer vom Mittwoch:

Am Ende der vergangenen Woche ist der sechste König von Portugal in München erschienen. Die amtliche Korrespondenz kündigte feierlich seine Ankunft an, und der Hofbericht, der ihn offenbar noch zu den amtlichen Potentaten zählt, meldete mit peinlicher Genauigkeit, wen Don Manuel empfängt und wen er besucht. Aus auswärtigen Blättern erfährt man außerdem, daß Don Manuel mit einer Tochter seines Konkurrenten Don Miguel von Braganza sich zu verloben trachtet. Was aber den außer Dienst befindlichen König von Portugal gerade nach München geführt, verschweigt der Hofbericht. Man erinnert sich vielleicht noch des Umstandes, daß im Dezember vergangenen Jahres von Paris aus die Nachricht ging, im Palais eines bayerischen Prinzen oder richtiger einer Prinzessin seien bewährte Kräfte an der Arbeit, die junge portugiesische Republik zu unterminieren. Es wurde auch der Name dieser Prinzessin genannt, und zwar der der Gemahlin des Prinzen Ludwig Ferdinand, der Prinzessin Maria della Paz, einer spanischen Infantin. Das war ein Irrtum. Diese Prinzessin hat mit den Umtrieben nichts zu tun. Die Gemahlin des verstorbenen Herzogs Karl Theodor, Maria Herzogin von Braganza, Infantin von Portugal und Tochter des verstorbenen Prinzen Don Miguel von Braganza ist es vielmehr, die sich seit nunmehr fast fünf Jahren in das portugiesische Abenteuer gestürzt hat. Herzog Karl Theodor billigte die Töchter, wie er die politischen Bestrebungen seiner Gemahlin nannte, keineswegs. Er wußte die politische Lage zu würdigen, in die seine Gemahlin kam, als kaum vierzehn Tage nach der finanziellen Austragung des Agenten des Prätendenten Don Miguel der König von Portugal und sein Sohn royalistisch gemüthelt wurden. Dieser in München mit Geld versorgte Agent war der Graf Almeida, der bis zum Zeitpunkte seiner Gefangennahme mit den Münchener und Wiener Freunden des Prätendenten in reger Verbindung stand. Solange Herzog Karl Theodor lebte, flossen die Geldmittel aus dem herzoglichen Hause nur spärlich. Seit seinem Tode ist das anders geworden. Die von ihrer historischen Mission erfüllte Herzogin hat bereits einen ganz erheblichen Teil des bedeutenden Allodvermögens, das ihr spätmutter Gemahl hinterließ, den portugiesischen Umsturz zwecken geopfert. Da nun auf dem Wege einer Verlobung Manuels mit einer Tochter Miguels der Friedenspakt zwischen den feindlichen Braganza geschlossen werden soll, scheint es, daß der Münchener Verschwörungszirkel auch den Rest der 10 Millionen noch daran setzen will, das hehre Ziel zu erreichen.

In seiner Programmrede vom 6. März hatte der bayerische Ministerpräsident v. Hertling u. a. gesagt: „... es mag möglich sein, daß in einem anderen republikanisch regierten Lande eine monarchisch gesinnte Partei darauf ausgeht, die republikanische Verfassung abzuschaffen und eine Monarchie herzustellen.“ Man war damals über diese Wendung erstaunt, und auch außerdeutsche Blätter wunderten sich darüber, daß der Vorsitzende des Bundesrats auslieferte für auswärtige Angelegenheiten im nämlichen Atemzuge, in dem er die heimische Staatsautorität zu stärken vorgab, die dem Deutschen Reich befreundeten Staaten dem royalistischen Umsturz auslieferte. An der Hand unserer heutigen Mitteilungen wird man sich in den Gedankengängen des Ministers des Igl. Hauses besser zurechtfinden. Herr v. Hertling war offenbar eingeweiht in die Aktionen des Palais an der Ludwigstraße, das überdies auch ein Mittelpunkt extrem-kerischer Bestrebungen ist, und er hielt es für seine Pflicht, diese Pläne zu bedenken. Für ausgeschlossen halten wir es allerdings, daß man in den Kreisen des Prinzregenten Kenntnis von den politischen Umtrieben der herzoglichen Dame hat. In gewissen Reichstagskreisen und zwar in solchen, die dem Ministerium Hertling eine besondere Solidarität betreiben, ist man sehr genau unterrichtet, woraus zu ersehen ist, daß, wie der Königsmord von jeher ein dynastisches Privilegium war, auch der Umsturz von oben dem „Umsturz“ von unten immer noch um 1000 Meilen voran ist.

### Der goldene Regen der Einfuhrschemine.

Dicht bei Braunschweig in dem Dorfe Mäningen befindet sich eine große Mühle mit den modernsten maschinellen Einrichtungen, genannt die „Mäninger Mühle, A.-G.“ Das einflussreichste Ausschüßratsmitglied dieser Gesellschaft ist der bisherige welfisch-agrarische Reichstagsabgeordnete des 3. Braunschweigischen Wahlkreises Holzminden-Gandersheim, der Wolfenbütteler Notar v. Damm, der von seinem Wahlkreise allerdings bei der letzten Wahl vor die Tür gesetzt wurde. Seine Vermittlungen, ein Reichstagsmandat mit Hilfe des Bundes der Landwirte im 2. Braunschweigischen Wahlkreise zu erlangen, blieben erfolglos. Die Agrarier müssen im Reichstage also auf diese schätzenswerte Kraft verzichten, die ihnen auch bei der Kollisionsfrage so vorzügliche Dienste geleistet hat.

Herr v. Damm trat für alle agrarischen Forderungen ein, und er machte ein glänzendes Geschäft dabei. Das wird ihm jetzt von der kurz nach der Reichstagswahl neu gegründeten „nationalen“ Partei vorgezogen. Diese konservativ-antidemokratische Partei weist in einer Broschüre an der Mäninger Mühle nach, welche hohe Ausfuhrprämie allein dieses Werk infolge der Einfuhrschemine aus der Reichskasse bezieht.

Die Mäninger Mühle vermag im Jahre 40 000 Tonnen Weizen und erzielt daraus 240 000 Zentner Wehl feinsten Sorte — die ersten 30 Proz. — und 360 000 Zentner geringeres Wehl — die letzten 45 Proz. — Für den Wehlexport vergütet das Reich 8,85 M. pro Doppelzentner und gewährt natürlich auch den Exporttarif, der bei einer durchgehenden Strecke von mindestens 400 Kilometern (Seehafentarif) 92 M. für 200 Zentner niedriger ist als der Spezialtarif I. Bei dem Export von 200 Zentner Getreide vom Spezialtarif I nach der Schweiz kostet der Transport nach dem Spezialtarif I 209 M., nach dem Getreideexporttarif aber nur 177 M. Wer also eine Ladung Getreide nach Straßburg schicken will, erspart

auf Kosten des Reiches eine Menge Geld, wenn er den Amtweg nach der Schweiz, z. B. nach Basel wählt, dort die Ladung umkartet und dann nach Strassburg zurückgehen läßt.

Der nationale Verband berechnet nun, daß die Müllinger Mühle die ersten 240 000 Zentner feinstes Wehl „so sicher wie das Amen in der Kirche“ exportiere. Sie empfangen dafür vom Reich 240 000 Zentner = 120 000 Doppelzentner a 8,85 M. = 1 018 200 M. in Einfuhrschein ausbezahlt. Der Verband ist seiner Sache sehr sicher, denn er fordert den Herrn v. Damm als Aufsichtsrat der Mühle, besonders aber als Politiker öffentlich auf, daß er sich wehren möge, wenn die Angaben nicht der Wahrheit entsprächen. Herr v. Damm aber schweigt sich aus und bestätigt damit die aufgemachte Berechnung.

Die Müllinger Mühle veröffentlichte ihren Jahresbericht. Sie macht bei einem Aktienkapital von anderthalb Millionen Mark Abschreibungen in Höhe von 74 000 Mark, dazu noch Extrabschreibungen im Betrage von 117 857 M. und zahlt doch noch 80 Proz. Dividende gegen 24 Proz. im Vorjahre. Sie könnte ohne Gefahr 40 Proz. zahlen, vermeidet die allzu hohe Dividendenzahlung und schreibt dafür um so mehr ab. Der Vorstand und Aufsichtsrat erhält an Lohntime und Gratifikation allein 83 288,42 M. Das ist allerdings ein ausgezeichnetes Geschäft auf Kosten des Volkes, dem die agrarische Mehrheit des Reichstags das Brot so ungeheuerlich verteuert.

### Streitbrecherstutz.

Die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“, deren vor einigen Tagen gebrachte Meldung, der Bundesrat beschäfte sich mit einer Vorlage zur Regelung des Schutzes der Arbeitswilligen, ein Dementi erfahren hatte, hält ihre Nachricht in vollem Umfange aufrecht. Auf Grund ihrer Nachricht aus unanfechtbarer Quelle stellt die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ fest, daß dem Bundesrat seit einiger Zeit ein von den Regierungen von sechs Bundesstaaten unterschriebener Antrag Sachsens vorliegt, der reichsgesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen fordert. Außer diesem Antrag sind dem Bundesrat in den letzten zwei Monaten 35 Eingaben von Berufsvereinen, des Handels, der Industrie und des Handwerks zugegangen, die ausnahmslos reichsgesetzliche Maßnahmen gegen den nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr werdenden Terrorismus gegenüber Arbeitswilligen ersuchen.

### Gesekwidrigkeiten eines Wahlvorstehers.

Am 25. Januar, dem Stichtage, der 24-jährige Bergmann Einhardt in Reutkirchen (Kreis Wertheberg-Querfurt) für den sozialdemokratischen Kandidaten Stimmzettel verteilt hatte und am Abend in dem Wahllokal an der Feststellung des Wahlergebnisses teilnehmen wollte, wurde er von dem Wahlvorsteher, Rittergutsbesitzer v. Zimmermann, hinausgewiesen. Einhardt ließ sich darauf nicht ein, meinte, der Wahlakt sei öffentlich und erklärte, er habe ein Recht, in dem Lokal zu verweilen. Der Wahlvorsteher pochte nunmehr E. an dem Arm, um ihn gewaltsam hinauszubringen. Einhardt leistete aber abfälligen Widerstand; er blieb bis zur Verurteilung des Wahlaktes in dem Lokal. Bald darauf erhielt E. eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes. Das zuständige Schöffengericht sprach ihn aber frei. Der Wahlvorsteher glaubte aber nach seinem in dem Lokal ausgehängten Wahlreglement „berechtigt“ gewesen zu sein, Personen, die noch nicht wahlberechtigt wären, hinauszuweisen zu können.

Auf eingeleitete Verurteilung der Anklagebehörde kam die Geschichte vor die Strafkammer in Halle, wo ein Staatsanwalt die faule Sache verteidigen wollte. Er stellte die Entscheidung auf. Die Strafkammer bescheinigte dem abligen Wahlvorsteher, daß er bei seinem Tun nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt habe. Der Angeklagte konnte in dem Lokal verweilen, da der Wahlakt vom Anfang bis zum Ende öffentlich sei und das Wahlgesetz Einschränkungen wie auf nur Wahlberechtigte nicht zulasse. — Bei dem Wahlvorsteher wird es mit der Verletzung abgetan sein. Wenn aber Arbeiter eine Kasse bürste, genannt Wahlurne, angreifen, um die Wahlurteile etwas zu mangeln, dann müssen sie ins Gefängnis.

### Zurückgebliebene Kolonialkavallerie.

Die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ in Swakopmund bringt in ihrer Nr. 63 vom 6. August einen Beitrag dafür, wie in unseren, als „teuren“ Kolonien das Sparmaßprinzip durchgeführt wird. Das genannte Blatt schreibt:

Anfolge der Verhandlungen des vorjährigen Landesrats wurden einer Anzahl von Beamten die Dienstpferde entzogen. Wie wir hören, ist diese Verfügung des Gouvernements zum Teil wieder rückgängig gemacht worden, nachdem Staatssekretär Dr. Solz der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, daß er auf die Zufriedenheit der Beamten Wert lege. Ein Swakopmunder Richter soll sich nämlich über die Wegnahme seiner Dienstpferde beschwert haben. So haben jetzt die Bezirksrichter von Swakopmund wieder Dienstpferde erhalten, obgleich Dienstpferde in die Kamis wohl kaum vorkommen dürften, und obgleich der jetzt beurlaubte Richter überhaupt gar nicht reiten kann. Für die Wahrnehmung von Terminen in Gooanfontein standen den Richtern die Pferde des Bezirksamts und die Fielstaxi zur Verfügung. Es wäre interessant zu hören, aus welchem Grunde gerade die Bezirksrichter beritten gemacht worden sind. Wenn eine solche Maßnahme vielleicht in Hinblick noch einen Schein von Berechtigung hat, so erscheint sie für die Swakopmunder Beamten völlig sinnlos. Ein berittener Bezirksrichter aber, der gar nicht reiten kann, ist doch geradezu eine komische Figur, deren sich der „Simplicissimus“ annehmen sollte. Die Sache ist aber zu ernst, um verhallt zu werden, denn sie kostet unser aller schweres Geld und beweist, daß beim Kolonialamt nicht ausschließlich aus sachlichen Gründen entschieden wird. Vielmehr läßt sich der Landesrat in seiner nächstjährigen Tagung eine Statistik darüber vorlegen, zu welchen notwendigen Kamidritten die Gänge gebraucht worden sind. Mit den Versicherungen der größten Sparfameit, deren sich die Regierung in Zukunft befleißigen wollte, ist diese Freigebigkeit im Zuweisen überflüssiger Dienstpferde jedenfalls nicht in Einklang zu bringen. Unseres Erachtens nach können hier Dienstpferde nur für polizeiliche Aufgaben des Bezirksamtes und die in Anbetracht der neuen Walfischfabrik und Seezucht noch wichtigeren Aufgaben des Hauptkoloniesamtes allein in Frage kommen.

Auch der Reichstag wird nicht umhin können, Herrn Dr. Solz über seine eigenartigen Sparmaßmethoden zu interessieren.

### Katholische Films.

Das neueste M. Gladbacher Fabrikat ist die Herstellung von Kinofilms. Man traut seinen Augen kaum, aber in der Tat: die M. Gladbacher Kaplane haben einen tiefgefähten Bedürfnis abzuheften, sich auf die Herstellung von Kinofilms gelegt, die in künstlerischer Beziehung einwandfrei sind. Die Gemeinde Horst (Emischer) beabsichtigt die Einführung eines Gemeindefilms. Da traten die Zentralkomitee der Vorlage mit der Begründung entgegen, daß ein neues Lichtbildtheater gebaut würde, das die Films vom Volkverein für das katholische Deutschland in M. Gladbach beziehe.

## England.

### Eine liberale Niederlage.

London, 11. September. Bei der Wahl zum Unterhaus im schottischen Wahlkreis Midlothian erhielt der Unionist Major Hope 6021, der Liberale Shaw 5989 und der Kandidat der Arbeiterpartei Brown 218 Stimmen. Der Wahlkreis, der bisher durch den in den Pairsstand erhobenen liberalen Master of Elbank vertreten war, geht also in den Besitz der Unionisten über.

## Aus der Partei.

### Kommunalwahlsiege.

In Springen bei Pforzheim wurden zehn sozialdemokratische und zwei bürgerliche Gemeinderäte gewählt. Die Sozialdemokratie hat in der Gemeindevertretung die Mehrheit, wie auch seit vielen Jahren der Bürgermeister dieser Gemeinde der Sozialdemokratie angehört.

Weniger günstig fielen die Wahlen in dem Tabakarbeiterdortse Ruhloch bei Heidelberg aus. Dort gelang es der Sozialdemokratie nur, drei Mandate gegen vier Zentrums- und drei national-liberale Siege zu erobern.

Bei den in Elsterwerda (Provinz Sachsen) stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen wurde Genosse Jölicher und bei den Wahlen in Witterfeld wurde der Genosse Sengler in das Stadtparlament gewählt.

### Ein italienisches Parteiblatt vor den Affisen.

Rom, 10. September. (Fig. Ver.) Am 10. d. M. hat in Neapel der Prozeß gegen die sozialistische „Propaganda“ wegen Verächtlichmachung des Heeres begonnen. Der Prozeß erregt infolgedessen allgemeines Interesse, als er durch einen Artikel veranlaßt wurde, in dem ein unter dem Pseudonym Silvia Viviani schreibender Oberst a. D. in objektiver Weise die Kriegsgattung einer Kritik unterzog. Dieser Silvia Viviani, der unlängst auch offiziell der römischen Partisektion beigetreten ist, ist seit langer Zeit militärischer Mitarbeiter des „Avanti“ und ist als solcher den national-liberalen Blättern ein Dorn im Auge. Das „Giornale d'Italia“ hat es sogar für anständig gehalten, den Kriegsminister aufzufordern, er solle dem Obersten seine Militärpension entziehen. Darauf mußte die „Tribuna“ offiziell mitteilen, daß für diese Entziehung keinerlei Handhabe im Recht zu finden sei. Die Pensionsberechtigung würde durch Einzahlung der Offiziere erworben; der Zulassung der Regierung stellt nur eine Ergänzung dar. Nach dem Austritt aus dem Heeresverbande könne das Verhalten eines Pensionsberechtigten keine Einbuße seiner Verdienste nach sich ziehen, „es sei denn“, sagt das Blatt mit einem verständnisvollen Blick auf die Geschworenen von Neapel hinzu, „daß der betreffende Offizier durch eine Verurteilung vor den Geschworenen seiner bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärt würde“. Die Geschworenen wissen also, wie der Wind in Regierungskreisen weht.

Unter den Verteidigern des Genossen Viviani befindet sich im Auftrag des Parteivorstandes das Vorstandsmitglied Genosse Della Sera. Die „Propaganda“ wird unter anderem von Fräulein Theresje Labriola verteidigt werden.

### Parteiliteratur.

Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung, die Genosse Grimwald im Verlage von Kaden u. Comp. in Dresden herausgibt, ist soeben das Doppelheft 4 und 5 erschienen. Dies Doppelheft behandelt das wichtigste Problem des Chemnitzer Parteitag, die Organisation der Partei, in rein geschichtlicher, objektiver Darstellung. Es gibt nämlich unter dem Titel: „Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisationen in Deutschland“ von Wilhelm Schröder eine materialreiche Darstellung der deutschen sozialdemokratischen Organisationsformen von 1863 an bis auf die Gegenwart. Die Arbeiterkassen bekommt damit eine zusammenhängende Uebersicht über ihre eigene organisatorische politische Entwicklung. Die Arbeit ist damit aber zugleich auch eine kurze, zusammengefaßte Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geworden. Der Anhang bringt die Organisationsstatute, die Geschäftsanteile, Verwaltungsordnungen und Entwürfe von 1863 bis 1912, so daß gerade auch für die Leiter und Funktionäre unserer Organisation dies Doppelheft ein unentbehrliches Hilfsmittel ihrer Bildung und ihrer Arbeit werden wird.

Der Verlag bittet uns, ausdrücklich zu bemerken, daß alle Bestimmungen erst nach dem Chemnitzer Parteitag ausgeführt werden, da die Beschlüsse des Chemnitzer Parteitages in der Organisationsfrage noch berücksichtigt werden sollen. Es wird aber gebeten, die Bestimmungen schon möglichst jetzt auszugeben, damit für den neuen Druck eine gewisse Uebersicht der Auflage ermöglicht wird. Dies Doppelheft 4 und 5 ist 96 Seiten stark und kostet 75 Pf. Es ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Die Organisationen mögen sich für größere Bezüge (bei billigerer Preisstellung) direkt mit dem Verlag in Verbindung setzen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Der Gendarm am Grabe.

Der Arbeitersekretär Renke in Dresden erhielt einen Strafbescheid in Höhe von 60 Mark, der vom Schöffengericht in Wehlen bestätigt wurde, weil er bei der Beerdigung eines Dissidenten einige Worte am Grabe gesprochen hat. Der Pfarrer erklärte vor Gericht als Zeuge, daß er den Gendarm mit der Ueberwachung des Begräbnisses betraut habe.

## Jugendbewegung.

### Die italienischen Militärbehörden gegen die Jugendorganisation.

Rom, 9. September. (Fig. Ver.) Seit langer Zeit ist der Verband der jugendlichen Sozialisten in Italien bestrebt, die antimilitaristische Agitation im Heere auszubereiten und zu verschärfen. Zu diesem Zweck hat man die Gründung eines besonderen Fonds beschlossen, den man „den Soldo für den Soldaten“ nennt. Von dem Plan, der übrigens so wenig geheim ist, daß er auf der Tagesordnung des nächsten Kongresses von Bologna steht, hat man nun in Regierungskreisen Nachricht erhalten, wobei allerdings die üblichen Ungenauigkeiten und Entstellungen unterlaufen sind. Dem „Avanti“ ist ein Zirkular auf den Reaktionsstisch geflogen, das die Divisionskommandeure den unteren Kommandos haben zugehen lassen, und in dem sich die folgenden, natürlich „streng vertraulichen“ Mitteilungen und Instruktionen finden:

Der Minister des Innern ist informiert worden, daß in allen jugendlichen Sektionen der sozialistischen Partei eine besondere Klasse gegründet worden ist, die den Namen trägt: der Soldo für den Soldaten, und den Zweck hat, direkte antimilitaristische Propaganda im Heere zu treiben. In der Tat unterhält die Klasse nach dem Maße der gesammelten Gelder ihre eigenen Mitglieder unter den Waffen und erlegt ihnen dafür die Verpflichtung auf, unter den Soldaten antimilitaristische Propaganda zu treiben, auch durch Broschüren, die an die Soldaten geschickt oder persönlich verteilt werden sollen.

Indem wir dieses zur Kenntnis bringen, fordern wir die Kommandanten, denen dieses Rundschreiben zugeht, auf, Maßnahmen zu treffen, um die größte Aufmerksamkeit auf die an die Soldaten gerichtete Privatkorrespondenz (Briefe und Postanweisungen) zu lenken und ihre Zirkulation zu überwachen. Besonders sind die Soldaten, die von ihren Familien keine Unterhaltungen erhalten, im Auge zu behalten, denn gerade diese sucht

die sozialistische Partei durch keine Unterhaltungen an sich zu fesseln.

Die Karabinieri werden dem Korps- und Divisionskommandanten alle Soldaten zur Anzeige bringen, die in Gesellschaft von Angehörigen der Umsturzparteien gesehen werden oder antimilitaristische Propaganda treiben.

Die Divisionskommandos werden ersucht, den Empfang dieses Schreibens zu bestätigen.

Das Rundschreiben läßt recht angenehme Verhältnisse, so zum Beispiel die Rückkehr zur systematischen Verlesung des Briefes, voraussehen. Das kann gut werden. Einen Vorgesetzten des liberalen Windzugs, der in bezug auf die Jugendorganisationen heute weht, hat man darin, daß dem Kongress des Verbandes der jugendlichen Sozialisten, der demnächst in Bologna tagen wird, von der Staatsbahnverwaltung die Gewährung der üblichen Reiseermäßigung abgeschlagen worden ist. Diese Ermäßigung steht jedem Kongress ohne Ansehen seiner Ziele zu, sei es ein wissenschaftlicher Kongress, ein religiöser, handele es sich um die Endziele des Anarchismus oder um die Hebung der Konningenzucht. Die Ermäßigung wird einfach deshalb gewährt, damit die der Zusammenkunft am meisten entfernten gelegenen Provinzen nicht benachteiligt werden, und in der Tat ist die Reduktion um so stärker, je weiter die Reise des Kongressisten. Der Jugendorganisation hat man aber die Ermäßigung abgeschlagen mit der Begründung, daß der Präsekt von Bologna sich gegen sie ausgesprochen hätte! Unter der Hand ist dann dem Organisationskomitee mitgeteilt worden, daß es die Koncession erlangen würde, falls aus der Tagesordnung die beiden Verhandlungspunkte: Der „Antimilitarismus“ und „der Sold für die Soldaten“ entfernt werden würden. Auf den Schächer lassen sich natürlich die Sozialisten nicht ein, aber es darf nicht verwundern, daß die Behörden ihnen diesen „praktischen Sinn“ zutrauen, da sie ja in allem Ernst glauben, daß die Jugendorganisation ihre antimilitaristischen Agitatoren für diese Agitation im Heere bezahlen werde!

## Soziales.

### Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der Ausschuh des Kaufmannsgerichts beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung wiederum mit der Vorarbeit zu einem Gesetzentwurf über Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Bekanntlich ging dieser Entwurf bereits am 11. März dieses Jahres dem Deutschen Handelstage zur Begutachtung zu. Am 17. April nahm der Ausschuh des Berliner Kaufmannsgerichts Stellung zu dem Entwurf. Damals wurde folgender Antrag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Deutschlands angenommen:

An Sonn- und Feiertagen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden; es gelten lediglich folgende Ausnahmen: In offenen Verkaufsstellen dürfen Sonn- und Feiertags nur Nahrungsmittel, Milch, Fleisch, frische Blumen und Eis verkauft werden, und zwar nur während zweier aufeinanderfolgender Vormittagsstunden, jedoch nicht länger als bis 10 Uhr.

In der Sitzung am 17. April wurde auch folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Minister des Innern und den Handelsminister zu ersuchen, Gesetzentwürfe, welche die Angestellten und Geschäftsinhaber betreffen, in Zukunft den Gutachterausschüssen der Kaufmannsgerichte zu unterbreiten.“ Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat nun am 8. August d. Jahres das Kaufmannsgericht Berlin ersucht, bis zum 1. Oktober d. J. Stellung zu dem Entwurf zu nehmen. Das Gesetz enthält 16 Paragraphen. Der Entwurf will im § 2 in den offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung bis zur Dauer von drei Stunden zulassen, statt bisher fünf Stunden. Die höhere Verwaltungsbehörde soll für Orte, in denen die Bevölkerung aus der weiteren Umgebung an Sonn- und Feiertagen die offenen Verkaufsstellen aufzusuchen genötigt ist, eine Beschäftigung bis zur Dauer von vier Stunden zulassen können. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband soll durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbegebiete auf kürzere Zeit einschränken oder ganz untersagen können. Des weiteren wird dann den Polizeibehörden das Recht eingeräumt, für höchstens sechs Sonn- und Feiertage im Jahre, an denen örtliche Verhältnisse einen weiteren Geschäftverkehr erforderlich machen, in offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zuzulassen. Die Ziffer 2 des § 2 des Entwurfs schlägt folgende Vorchrift vor: „In Kontoren und dem nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch statutarische Bestimmung die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zur Dauer von zwei Stunden zulassen.“

Die Abstimmung über den § 2 ergab seine glatte Ablehnung. Die Gehilfenbesitzer stimmten dagegen, weil er zu wenig bot, und die bürgerlichen Kaufleutebesitzer aus dem entgegengesetzten Grunde.

Die bürgerlichen Kaufleutebesitzer hatten beantragt, von einer Erweiterung der Sonntagsruhe abzusehen, dagegen das Jugendbedienen der Kundschaft an Sonntagen auch über 10 Uhr hinaus zu gestatten. Zu Ziffer 2 des § 2 beantragten dieselben, in den Kontoren solle im Prinzip zwei Stunden Beschäftigung erlaubt sein, jedoch soll für einzelne Branchen durch statutarische Bestimmungen die völlige Sonntagsruhe eingeführt werden.

Diese Anträge wurden abgelehnt, dagegen wurde der Antrag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Deutschlands, welcher eingangs des Berichtes angeführt ist, erneut mit sämtlichen Stimmen der Gehilfenbesitzer und der Stimme des sozialdemokratischen Kaufmanns angenommen.

Der § 3 des Entwurfs lautet in seinem ersten Teile: „Die Stunden, während deren eine Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen stattfinden darf, werden, soweit statutarische Bestimmungen erlassen werden, durch diese, im übrigen von der Polizeibehörde unter Berücksichtigung der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmte Zeit so festgesetzt, daß die Beschäftigten am Besuche des Gottesdienstes nicht gehindert werden.“ Dieser Teil wurde angenommen, dagegen der Schlusssatz, nach welchem die Stunden für verschiedene Gewerbegebiete verschieden festgesetzt werden können, abgelehnt.

Der § 4 des Entwurfs macht den jüdischen Geschäftsleuten, die am Sabbat und an jüdischen Feiertagen ihre Geschäfte schließen, die Kongression, daß diese ihre jüdischen Angestellten an Sonn- und Feiertagen bis zur Dauer von fünf Stunden beschäftigen können, jedoch mit der Einschränkung, daß die Geschäftsbedürfnisse für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben. Gegen diese Sonderstellung in der Gesetzgebung wandte sich ein jüdischer Kaufmann. Er sprach sich dagegen aus, daß den jüdischen Geschäftsleuten Sonderrechte eingeräumt würden. Er verlangte Gleichstellung in jeder Beziehung. Der § 4 wurde einstimmig abgelehnt.

Die ferneren Paragraphen des Entwurfs, die im wesentlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung aus den §§ 41a, 105c, 105h, Absatz 1, 105b, Absatz 3, 105i, 105e wiedergeben, wurden angenommen. Zur Annahme gelangte auch die Strafvorschrift, die vorschlägt: „Mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark, im Unvermögensfalle mit Haft, wird bestraft, wer den vorstehenden Vorschriften oder den auf Grund derselben erlassenen Anordnungen und statutarischen Bestimmungen zuwider Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen beschäftigt gibt oder Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen gestattet.“



### Der britische Gewerkschaftskongreß.

London, 9. September 1912.

Der 45. britische Gewerkschaftskongreß, der letzte Woche in Newport abgehalten wurde, hat die Erwartungen, die man auf ihn setzte, nicht enttäuscht. Es ist fraglich, ob je ein britischer Gewerkschaftskongreß — allgemein gesprochen — einen gleichen Grad von Intelligenz und Tüchtigkeit an den Tag gelegt hat wie dieser Kongreß. Allerdings ist es schwer, den Finger auf eine Stelle zu legen, die allein dieses Urteil in volstem Sinne rechtfertigt. Große Debatten, die Arbeiterkongressen in anderen Ländern meist ein individuelles Gepräge geben, finden auf britischen Kongressen nicht statt. Die Redezeit beträgt für jedermann fünf Minuten; der Vorgesandener einer Resolution oder der gewandte Redner, der wirklich etwas Neues zu sagen hat, bekommen dieselbe Redezeit wie der redselige Mensch, der sich gern selbst hört, und wenn Demosthenes oder Cicero auf dem britischen Gewerkschaftskongreß erschienen, würden auch sie beim Ablauf der vierten Minute die Warnung des Präsidenten hören: „Nur noch eine Minute!“ Während der ganzen sechstägigen Verhandlungen hat nur ein Redner einmal die Redezeit überschritten dürfen, und das auch nur, nachdem ihm der Kongreß einstimmig die Erlaubnis dazu erteilt. Diese Geschäftsführung ist natürlich unumgänglich bei einer Tagesordnung, die 90 verschiedene Resolutionen enthält. Der Präsident dieses Kongresses, Genosse Thorne, erledigte sich seiner schwierigen Aufgabe mit einer Umsicht und Gewandtheit, die ihm die meisten seiner Kollegen nicht zugestanden hätten. Nach allgemeiner Ansicht war dies der am besten geleitete Kongreß, dessen sich die Delegierten erinnern konnten. Genosse Thorne hat durch diese Leistung nicht nur sein eigenes Ansehen erhöht, sondern auch das des Sozialismus, für den er, wie seine Eröffnungsrede beweist, ein klar denkender und zielbewußter Vertreter ist.

Man erwartete von diesem 45. Kongreß vor allen Dingen, daß er sich mit der Frage des Syndikalismus beschäftigen werde. Schon gleich zu Anfang, bei der Beratung der Frage der Verschmelzung der Organisationen eines Berufes, tauchte diese Frage auf. Die Dockarbeiter hatten zu der Resolution einen Änderungsantrag gestellt, dessen Schlußsatz lautete, daß der Kongreß die Propaganda des Syndikalismus zurückweise. Das Parlamentarische Komitee strich den Satz, da er nicht zum Thema gehöre. Und das Parlamentarische Komitee tat gut daran; denn die Nebeneinanderstellung dieser Themen konnte nur den weit verbreiteten Eindruck verstärken, daß die Schaffung von Industrieverbänden eine syndikalistische Forderung ist. Die Debatte über den Syndikalismus kam erst bei der Beratung der Resolution des Parlamentarischen Komitees, die die Wichtigkeit der unabhängigen politischen Aktion der Arbeiterklasse betonte. Das Ergebnis der Debatte war für den Syndikalismus ein geradezu lächerliches Fiasko. Der einzige Delegierte, der gegen die Resolution stimmte, war der Vertreter der Seeleute, Gabelock Wilson, einer jener Leute, die prinzipiell mit niemand übereinstimmen wollen. Wilson ist ein außerordentlich der Arbeiterpartei stehender Liberaler. Er sagte, er sei sowohl Syndikalist wie Parlamentarier und stimmte schließlich gegen die Resolution, weil er gegen gewisse Mitglieder der Arbeiterpartei protestieren wollte, die sich über den Wert der gewerkschaftlichen Aktion abfällig ausgelassen haben sollen. Es kamen mehrere Redner zu Worte, die mit dem Syndikalismus oder mit dem, was sie unter Syndikalismus verstehen, liebäugelten. Bezeichnend für die herrschende Konfusion waren die Ausführungen des Vertreters der Londoner Bäcker, der erklärte, er und die Mitglieder seiner Organisation seien Syndikalisten, weil sie die Verschmelzung der bestehenden 70 oder 80 Bäckerorganisationen erstrebten. Der einzige Delegierte, der sich zu der syndikalistischen Philosophie, wie sie in Frankreich und Italien gelehrt wird, bekannte, und der auch, wie er uns im Privatgespräch mitteilte, mit den deutschen Sozialisten sympathisiert, war der südwalisische Bergarbeiter Albert, der Hauptverfasser der Broschüre „Der nächste Schritt der Bergarbeiter“, aus dem die Scharfmacher und ihr Leitblatt, die „Times“, den syndikalistischen Pöbeln fabriziert haben. Vielleicht teilte noch sein Kollege Hodges seine Ansichten. Sicher kann man dies jedoch nicht behaupten; denn der junge Mann von dem Hodges sprach redete ein solch zusammenhangloses Zeug, daß die Berichterstatter am Pressetische verwundert und ratlos einander anstarrten. Aber die

größte Blamage für den Syndikalismus war, daß sich kein einziger Delegierter fand, der die parlamentarische Aktion verwarf. Unter diesen Umständen hat man wohl ein Recht, zu fragen: „Was ist der Syndikalismus?“ Ist er eine Philosophie, die die Rückkehr auf dem Wege des Generalstreiks zu einer auf mittelalterlichem Sittenwesen gegründete Gesellschaft lehrt? Oder ist er ein bequemer Ausdruck für politisch-gewerkschaftliche Konfusion? Oder ist er ein Mittel der Reaktionäre, um die Arbeiterklasse von der Ausübung ihrer politischen Rechte abzuhalten? Die „Times“ scheinen von dem syndikalistischen Fiasko eine lange Ahnung gehabt zu haben. Sie schrieben nach der Veröffentlichung der Tagesordnung des Kongresses, daß die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses zum Syndikalismus jedenfalls nicht maßgebend sein werde; denn die Delegierten brachten die Stimmung unter den Massen nicht zum Ausdruck. Natürlich. Mit demselben Argument trösten sich auch die paar Syndikalisten. Wenn man sie aber geradeheraus fragt, ob es denn nicht wahr sei, daß die Delegierten auf rein demokratische Weise gewählt werden, antworten sie, daß die Leute noch zu dumm seien, um die tiefe Weisheit des Syndikalismus zu verstehen. Auf alle Fälle hat der Kongreß bewiesen, daß es ein großer Mißbrauch von Worten ist, von einer syndikalistischen Bewegung in Großbritannien zu reden.

Beachtenswert ist auch die Absehung der Frage der weltlichen Erziehung von der Tagesordnung des Kongresses. Auf früheren Kongressen hat die Frage schon viel Staub aufgewirbelt. Es waren ausschließlich katholische Arbeitervertreter aus Gegenden wie Westschottland und Lancashire, wo ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung katholisch ist und von politisierenden Priestern beeinflusst wird, die gegen die weltliche Erziehung beständig Einspruch erhoben und oft aufregende Szenen verursachten. Man glaube aber nicht, daß sich die katholischen Gewerkschafter in dieser Frage einig sind; wir sprachen auf dem Kongreß mit einer Reihe Katholiken, die sich energisch für die weltliche Erziehung in öffentlichen Schulen aussprachen. Das Schlimmste an diesem Beschluß ist, daß ihn die Pfaffen als eine Erklärung des Kongresses gegen die weltliche Erziehung hinstellen werden, was er keineswegs ist; denn der Kongreß hat sich bis jetzt stets mit überwältigender Mehrheit für die Verweltlichung der Schule ausgesprochen und er würde bei einer Abstimmung diesen Beschluß nicht rückgängig machen. Nur um unerfreulichen Szenen aus dem Wege zu gehen, legte man die Frage von der Tagesordnung ab. Ob sie auf lange verschwinden wird? Auf dem Kongreß hörte man von allen Seiten, daß man jetzt erst recht diese Frage in den Vordergrund rücken werde. Es scheint, als ob es der katholischen Kirche gelungene sei, die große Masse der protestantischen Dissidenten gegen sich mobil zu machen, eine Entwicklung, die für sie als eine kleine Niederlage, gegen die im Volke noch viele Vorurteile bestehen, sehr gefährlich werden kann. Der Beschluß wirkt auch die Frage auf: Welches sind die Fragen, mit denen sich der Gewerkschaftskongreß beschäftigen darf? Man darf sich nicht wundern, wenn in der Zukunft Anträge austreten, in denen auf Grund dieses Beschlusses die Absehung anderer Streitfragen von der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses verlangt wird. Die Logik des Beschlusses scheint die zu sein, daß sich eine kleine Niederlage nur systematisch unangenehm zu machen braucht, um ihren Willen durchzusetzen. Der Kongreß hätte jedenfalls besser getan, dem Stier gleich bei den Hörnern zu fassen; aber kurz oder lang muß sich die Arbeiterschaft doch mit der Frage wieder beschäftigen.

Das Projekt der Reifeamiede, den Gewerkschaftskongreß mit dem Parteitag der Arbeiterpartei zu verschmelzen, wurde abgelehnt. Maßgebend war bei diesem Beschluß hauptsächlich die Ansicht, daß der Gewerkschaftskongreß, obwohl er sich mit politischen Fragen befasse, doch in der hauptsächlich wirtschaftliche Angelegenheiten zu regeln habe. Aber auch andere Momente spielten mit: so die Schwierigkeit, die Vertretung zu regeln, und dann vor allen Dingen der Wunsch der Arbeiter, einen Kongreß beizubehalten, dessen Beschlüssen von der Deffektivität weit mehr Beachtung geschenkt wird, als denen irgendeiner anderen Arbeiterversammlung. Man muß in der Tat gestehen, daß die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses auf den Zuhörer einen tieferen Eindruck machen, als die des Parteitages der Arbeiterpartei, und doch sehen sich beide Versammlungen praktisch aus denselben Delegierten zusammen. Auf dem Gewerkschaftskongreß scheinen sich die Delegierten einer größeren Verantwortlichkeit bewußt zu sein.

Die britische Arbeiterschaft hat allen Grund, mit dem 45. Gewerkschaftskongreß zufrieden zu sein. Die Stürme der letzten Jahre sind an dem Kongreß nicht spurlos vorübergegangen. Sie haben viel härteres Laub abgeschüttelt; die Kräfte der alten Praktiker, die noch mit dem Damm und dem Fuß maßen, haben sich stark gelichtet und an ihre Stelle sind jüngere, geistig regelamere Elemente getreten, die sich, was die allgemeine Bildung und Fähigkeit anlangt, mit den Führern der Arbeiterschaft in anderen Ländern getroßt messen können. Niemand konnte den 45. britischen Gewerkschaftskongreß verlassen, ohne die Gewißheit zu haben, daß die Zukunft in Großbritannien dem Sozialismus gehört.

### Anherordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und -halterinnen Deutschlands.

Bonn, 10. September.

Bei der Beratung des Hauptpunktes der Tagesordnung, Verschmelzung mit dem Verbande der Handlungsgehilfen, wurde mit 37 gegen 31 Stimmen der Beschluß gefaßt, ein Korreferat einzulegen und damit Braune, Dresden zu betrauen. Das Vorstandsmitglied Friedemann begründete an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Reinsdorf die zwischen dem beiderseitigen Vorständen getroffenen provisorischen Vereinbarungen. Kurz skizzierte er dieselben folgendes: Dem Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes muß mindestens ein Lagerhalter als befohlener Mitglied angehören; weiter können die Lagerhalter ein Mitglied in den Ausschuß entsenden, falls der Hauptvorstand verstärkt wird, ein zweites ehrenamtliches Mitglied bestimmen. Die beiden Beamten des Lagerhalterverbandes werden vom Handlungsgehilfenverband übernommen. Die Lagerhalter können zur Erhebung ihrer besonderen Angelegenheiten jedes zweite Jahr Reichskonferenzen abhalten, deren Kosten die Hauptkasse beiträgt. Sie können Konferenzen, jedoch unter eigener Kostendeckung, einberufen. Beschlüsse, die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter betreffen, werden in letzter Instanz von ihrer Reichskonferenz gefaßt. Die Lagerhalterzeitung wird dauernd weitergeführt; den Redakteur bestimmen die Lagerhalter selbst auf ihrer Reichskonferenz. Den Lagerhaltern wird beim Uebertritt die volle Mitgliedschaft, die sie im Lagerhalterverband zurückgelassen haben, angerechnet. Die Verschmelzung soll am 31. Dezember 1912 erfolgen.

Der Referent Friedemann würdigte die einzelnen Bestimmungen und verteilte in sachlicher Weise den einstimmigen Standpunkt des Vorstandes, die Verschmelzung auf der vereinbarten Grundlage anzunehmen. Seinen Ausführungen wurde von einem erheblichen Teil der Delegierten lebhafter Beifall gezollt.

Der Korreferent Braune, Dresden führte aus, gleich ihm seien wohl die meisten älteren Kollegen nicht von der Notwendigkeit der Verschmelzung überzeugt. Der Beschluß der vorigen Generalversammlung zur Verschmelzungsfrage sei eine Ueberreilung und von den Kollegen im Lande nicht genügend vorbereitet gewesen, daher auch die jetzigen Anträge, die Frage zum mindesten noch einmal einer Urabstimmung zu unterstellen. Mit der Auflösung des Verbandes sei Gleichgültigkeit in den Reihen der eigenen Mitglieder zu befürchten. Es tauchte die Frage auf: Wird es dem Handlungsgehilfenverband möglich sein, die noch fernstehenden heranzuziehen? Die Gefahr sei da, daß ein Teil der Handlungsgehilfen mit Neid auf die Lagerhalter sieht, ein anderer Teil sie über die Achsel ansieht. Die ganze Situation ergebe nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der Position der Lagerhalter. Innerhalb des Handlungsgehilfenverbandes aber eine wirksame Propaganda zur Gewinnung der Handlungsgehilfen zu entfalten, soweit sie antisemitisch verhebt oder indifferent sind, dazu dürften die Lagerhalter die allerungeeignetsten Personen sein. Mindestens so stark, als die Verührungsfeien die Differenzpunkte zwischen Handlungsgehilfen und Lagerhaltern. Die Differenzen würden auch nicht dadurch beseitigt, daß man den Lagerhaltern die Stellung einer Sektion innerhalb des Handlungsgehilfenverbandes einräumen will. Der Redner fürchtete, daß unter der „Vormundschaft“ des Handlungsgehilfenverbandes die selbständige Tätigkeit der Lagerhalter zur Verbesserung ihrer Verhältnisse in den mannigfaltigsten Arten niedergehalten und beengt wird und rief deshalb dringend, mit der Verschmelzung noch so lange zu warten, bis die Verhältnisse so weit gereift sind, daß ein Beschluß herbeigeführt werden kann, der einstimmig gefaßt wird.

Auch diesem Redner wurde von einem Teil der Delegierten lebhafter Beifall gezollt, — ein Zeichen, daß die Stimmung zu der Verschmelzung geteilt ist.

Schlafgemach Heinrichs, der dem Gemisch entronnen, vergiftete Kränze setze, deren Qualm den Schlafenden erlösen soll. Dann ist zu der Herbeiführung des erwünschten Resultats nur noch nötig, daß Heinrich aus dem Zimmer geht und daß ihre Kinder Karl und Margarete sich dort einschließen, um beim Schein der Lichter in tödlichen Schlummer zu versinken. So übt das Schicksal die Vergeltung und Heinrich grüßt den neuen Morgen als Frankenkönig, der den Hugenotten Freiheit und Tugend gewähren wird. Mit ähnlichen Verwicklungen wie dieser Schluß arbeitet das Drama auch im übrigen. Der gelehrte Heinrich benimmt sich, wo er politisch handeln will, wie ein tanztoller Narr. Aber er muß sich dem Eitelbedürfnisse, auf das es dem Theaterspürsinn des Verfassers jeweils ankommt, fügen.

Die Regie von Dr. Reinhard Doud hatte die Bilder, namentlich das Fest im Louvre mit dem brennenden Paris der Bartholomäusnacht im Hintergrunde eindrucksvoll herausgearbeitet. In der Darstellung ragte Frau Rosa Poppe Katharina und Clewing als Karl IX., der Krottelkönig, der in blutdürstiger Angst vom Schlosse in die Schär der Plünderer feuert, hervor. Sehr gut war auch Kraußner in der kleinen Epifodentrolle des alten Coligny.

### Notizen.

— Tenoritis im Königl. Opernhause. Caruso wird am 7., 10. und 12. Oktober in „Carmen“, „Cobolone“ und „Maskenball“ bei Hülken gastieren. Bilettis sind unter so unständlichen und teuren Bedingungen zu erhalten, daß man besser auf den Genuß verzichtet.

— Theaterchronik. In der Kurfürsteneroper ist die Premiere (Wolf-Ferraris „Susannes Geheimnis“ und „Die schöne Galathee“) auf die nächste Woche verschoben worden.

— Eine neue List-Komposition. Der Kapellmeister am Weimarer Hoftheater, Peter Raabe, hat eine alte, lecher gänzlich unbenutzte Arbeit aufgefunden und richtet sie jetzt zur Aufführung her. Das Werk heißt „Titan“ und behandelt die Prometheuslegende.

— Eine Durchquerung Grönlands. In Reykjavik (Island) ist die schweizerische Expedition unter Führung des Dr. A. de Quervain eingetroffen. Sie hat ihren Plan, Grönland zu durchqueren, glänzend ausgeführt. Die Durchquerung erfolgte in westlich-östlicher Richtung, während Nansen im Jahre 1888 die entgegengesetzte Richtung einschlug. Quervain hat auf seiner Expedition festgestellt, daß die größte Höhe des Insellandes 800 Meter beträgt, in der Nähe der Distrikte besanden sich aber noch höhere Ruppen. Das Inselland senkt sich gegen Westen nur allmählich ab, östlich dagegen fällt es jääh ab.

### Kleines feuilleton

**Oedel und der Monismus.** Auf dem Deutschen Monistenkongreß in Radeburg sagte, kam auch eine programmatische Vorlesung Ernst Oedels über Energetik und Substanz. Oedel weist darauf hin, daß viel von einem prinzipiellen Gegensatz zwischen der monistischen Weltanschauung Oedels und der Haeckels gesprochen worden und daraufhin der Monismus überhaupt als eine unklare und widerspruchsvolle Form der Philosophie abgelehnt worden sei. Der Gegensatz zwischen seiner eigenen Auffassung und der Oedels' erweise geringfügig gegenüber der vollkommenen Uebereinstimmung beider in den wichtigsten Punkten. „Alles ist Natur, Natur ist alles. Und neben oder über oder hinter der Natur ist nichts. Alles ist den gleichen Gesetzen unterworfen, und die Erkenntnis dieser Gesetze gründet sich nur auf Erfahrung. Während in diesen grundlegenden Hauptsätzen vollkommene Uebereinstimmung zwischen Oedel und mir besteht, scheint andererseits ein bedenklicher Gegensatz in der Formulierung des höchsten Prinzips seine „energetische“ und meine „mechanische“ Auffassung zu trennen. Materie und Geist sind überall im Wesen und Wirken der universalen „Substanz“ verbunden. Oedel sagt: „Materie kann nie ohne Geist, Geist nie ohne Materie existieren und wirksam sein.“ Untrennbar sind aber auch Geist und Energie. Offen ist heute noch die Frage, ob die beiden kosmischen Grundgesetze der Erhaltung des Stoffes und der Erhaltung der Kraft untrennbar zusammenhängen. Ich besahe das und habe das daraus begründete Substanzgesetz als höchstes (kosmologisches Grundgesetz) an die Spitze aller Naturgesetze gestellt. Oedel hingegen stellt an die Spitze aller Weltbegriffe nicht die Substanz, sondern die Energie. Er sucht den angeblichen „Dualismus“ von „Materie und Energie“ dadurch zu beseitigen und den „wissenschaftlichen Materialismus“ dadurch zu überwinden, daß er den Stoff der Kraft unterordnet und die Materie als einen Spezialfall innerhalb des Reiches der energetischen Tatsachen aufsaugt. Er vertritt mit Recht die Frage: „Existiert Materie unabhängig oder frei von Energie?“ Aber gleichgültig bejaht er ebenso unbedingt die umgekehrte Frage: „Existiert Energie ohne Materie?“ Da ich unter „mechanischer“ Auffassung der Natur nie etwas anderes als launliche Betrachtung im Gegensatz zur theologischen verstanden habe, ist der energetische Monismus Oedels genau so mechanistisch, wie mein materialistischer Monismus.“

Oedel berührt dann kurz die wichtige Frage, wie sich die untrennbar verknüpften Grundgesetze der Substanz zu den Erscheinungen der Empfindung verhalten. Oedel ordnet auch diese seinem höchsten Energiebegriff unter. Gemeinsam bleibt allen Richtungen der monistischen Naturphilosophie der Gedanke der Ein-

heit in allem Geschehen und Sein. Es gibt nur eine Welt, und das ist die Natur, somit ist auch alle wahre Wissenschaft im Grunde Naturwissenschaft.

In New York wurde der höchste Wolkenkratzer, das Woolworth Building, vollendet, der bis zu 750 Fuß himmelan strebt und eine ganze Welt für sich in seinen Mauern birgt. Die Mieter dieses neuen Mietsbauwerks bezahlen im ganzen ungefähr eine Million Mark Miete jährlich. Das Haus hat 30 Stockwerke mit je 400 Räume. Ferner sollen da untergebracht werden: eine Feuerwachtstation, eine Rettungswache, zwei Apotheken, ein hydrotherapeutisches Institut, zwei Bars, drei Restaurants, drei ärztliche Sprechzimmer, ein Zahnärztliches Institut, und schließlich wohnt auch eine Gebärme dort. Der neue Wolkenkratzer ist nach französischen Plänen mit französischem Kapital erbaut, also kein eigentlich amerikanisches Produkt.

### Theater.

**Königl. Schauspielhaus: Die Bluthochzeit.** Ständliches Trauerspiel von Albert Lindner. Lindner, ein Gymnasiallehrer, der diesen sicheren profanischen Beruf, nachdem sein „Drusus und Collatinus“ den Schillerpreis erhalten, mit dem eines Dramatikers vertauschte und nach vielen harten Entschlüssen im Jenseits endete, hat das Stück vor etwa vier Jahrzehnten geschrieben. Es bringt die allgemeinen Ränge eines klassizistischen Epigonenstums, das seinen Rang an dramatischer Gestaltungskraft durch Anleihen bei der Geschichte, und zwar mit Vorliebe durch Anleihen bei ihren blutigen Kapiteln zu verdecken sucht. Es ahnt im Wilde das Beispiel historischer Verhältnisse, die mörderische Verbrechen auf Verbrechen häufen, nach. Indes so spannend die Entscheidung, ob man andere umbringt oder selbst von anderen umgebracht wird, für die Beteiligten auch ist, für den Zuschauer bleibt ein solcher Beifall ein wenig interessierender Spektakel. Lindner gehört zweifelsohne zu den besseren und geschickteren Arrangieren in dem Genre, aber darum bleibt die Ausgrabung der verholtenen, skrupellos über alle psychologischen Bedenken hinweggehenden Tragik nicht weniger unverständlich.

Als tragische Hauptperson fungiert Katharina von Medici, die bei der Hochzeitsfeier ihrer Tochter mit Heinrich von Navarra, dem späteren Heinrich IV., den heimtückischen Ueberfall gegen die Hugenotten, die Abtötung vieler Tausende in den Pariser Straßen in Szene setzte. Von irgend einer Schöne der grauenhaften, päpstlich gesegneten Untat berichtet die Geschichte nichts. Indes blieb der Verfasser der Verführung, die Wirklichkeit verbeißend für poetische Gerechtigkeit zu sorgen, eingebend und sann auf Abhilfe. Katharina ist Mutter. Wäre es nicht eine exemplarische Buße, wenn man die Massenmörderin, zu guter Letzt aus Verleben auch ihre eigenen Kinder morden ließe? Mehr kann die Remeis nicht leisten. Gedacht, getan. Im letzten Akt gibt das Schicksal Befehl, daß man ins

In der Diskussion

Wurden zunächst fünf Anträge begründet, laufend auf Abstimmung, gemeinsame Generalversammlung zur Abfassung des Einheitsstatuts, Anrechnung der vollen Dauer auch der in früheren Berufsorganisationen zurückgelegten Organisationszugehörigkeit.

In der weiteren Diskussion erhielt abwechselnd ein Befürworter und ein Gegner der Verschmelzung das Wort. Als letztere sprachen Fr. A. Hannover, Reichelt, Chemnitz, Köhler, Chemnitz, Böhmmer, Dresden, Friedrich, Leipzig, Helbing, Eisenach, als Befürworter Mademann, Bielefeld, Wigge, Berlin, Nilius, Halle, Heber (Vorstand), Lauggemein, Frankfurt a. M., Lange (Handlungsgehilfen), Schröder, Mühlstein, Silberstein (Generalkommission).

Verbandstag der Gärtner.

Am Mittwoch diskutierte die Generalversammlung in geschlossener Sitzung über die vom Redakteur Albrecht gemachten Vorschläge über die

Ausgestaltung der Presse.

Die Vorschläge gehen im wesentlichen dahin: Das „Gärtnerfachblatt“, welches jetzt als technische Beilage zum Vereinsorgan „Allgemeine deutsche Gärtnerzeitung“ erscheint, soll erweitert und vervollständigt werden, so daß es in Ausstattung und Inhalt den anderen gärtnerischen Fachblättern an die Seite gestellt werden kann.

Ausgaben der Unterstufungsanstalten.

Der Referent Lehmann begründete eine Vorlage des Hauptvorstandes, welche eine Aufbesserung im Unterstufungswesen ohne Erhöhung der Beiträge durchgeführt wissen will.

Die Lebensgeschichte eines Kindes lag wieder einmal einer Anklage zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bennewitz das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte.

Die mitangeklagte Ehefrau ist Mutter eines vor der Ehe geborenen, jetzt dreijährigen Mädchens. Das Kind wurde bald nach der Geburt zu fremden Leuten in der Nähe von Darmstadt in Pflege gegeben.

Die mitangeklagte Ehefrau ist Mutter eines vor der Ehe geborenen, jetzt dreijährigen Mädchens.

Das Kind wurde bald nach der Geburt zu fremden Leuten in der Nähe von Darmstadt in Pflege gegeben. Bald nach der Verheiratung beschloß die Eheleute, das Kind, zu dessen Vater sich der Ehemann bekannt hatte, zu sich zu nehmen.

Die Lebensgeschichte eines Kindes lag wieder einmal einer Anklage zugrunde.

Die mitangeklagte Ehefrau ist Mutter eines vor der Ehe geborenen, jetzt dreijährigen Mädchens. Das Kind wurde bald nach der Geburt zu fremden Leuten in der Nähe von Darmstadt in Pflege gegeben.

Die Lebensgeschichte eines Kindes lag wieder einmal einer Anklage zugrunde.

Die mitangeklagte Ehefrau ist Mutter eines vor der Ehe geborenen, jetzt dreijährigen Mädchens. Das Kind wurde bald nach der Geburt zu fremden Leuten in der Nähe von Darmstadt in Pflege gegeben.

Die Lebensgeschichte eines Kindes lag wieder einmal einer Anklage zugrunde.

Die mitangeklagte Ehefrau ist Mutter eines vor der Ehe geborenen, jetzt dreijährigen Mädchens. Das Kind wurde bald nach der Geburt zu fremden Leuten in der Nähe von Darmstadt in Pflege gegeben.

Die Lebensgeschichte eines Kindes lag wieder einmal einer Anklage zugrunde.

Table with 4 columns: Name, 1910/11, 1911/12, 1910/11, 1911/12. Rows include Kummel-Friede, Albin, Albin, Berlin-Hagen, Phönix, and Zusammen.

Der Reingewinn ist demnach um 9 429 838 Mark oder um 26 Proz. gestiegen. Das Gleichbleiben der Dividende bei Kummel-Friede erklärt sich durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 13 Millionen Mark auf 58 Millionen Mark.

Gerichts-Zeitung.

Beiseitenschaffung von Magistratsakten.

Unter der schweren Anklage der Beiseitenschaffung von Magistratsakten stand gestern der Magistratsbureauassistent Wilhelm Koch I vor der 7. Bezirksstrafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Kämpfe.

Die verdrehte Welt.

Wie ein Telegramm aus London meldet, fällt seit gestern in der ganzen Grafschaft North-Devonshire Schnee. Es herrscht fürchterliche Kälte und ein scharfer Wind.

Kleine Notizen.

Die Pest in Marokko. Ein Telegramm aus Casablanca meldet, in der Stadt sei ein Kranker unter Anzeichen von Pest gestorben.

Russische Räuberleben. In Nowotzkerlaff überfielen bewaffnete Räuber die in der Vorstadt Michailowka gelegene Reichsrentei.

Eisenbahnunfall in Nordamerika. Bei Erie in Pennsylvania entgleiste ein nach dem Osten gehender Zug infolge Achsendruckes.

Untergang eines Hamburger Dampfers. Wie die Hamburger-Zeitung mitteilt, ist der Dampfer „Kamerun“, der im Africadienst der Linie beschäftigt ist, vor Grand Bassa, einer Hafenstadt von Liberia, untergegangen.

Briefkasten der Redaktion.

B. G. 1889. Nach märkischem Recht ja. Der Vater kann jedoch die Erklärung abgeben, daß er nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches erben will; dann würde sich der Anspruch nicht durchführen lassen.

— 55. 1. und 2. Straßer hat sich bisher niemand gemacht. Es empfiehlt sich, daß der junge Mann sofort auf dem Polizeirevier Mitteilung macht.

— G. R. 54. Wenn die Vaterhaft zu gerichtlichen Protokoll anerkannt ist, läßt sich der Einwand, daß mehrere Männer in der Empfangszelle der Kindesmutter beigegeben haben, nicht mehr erheben.

— G. R. 7. Rein. — D. 9. 100. Nur dann, wenn das Kind auf Klage des geschiedenen Mannes für unehelich erklärt worden ist.

— G. R. 39. 1. Ja. 2. Ja, beim Amtsgericht. — G. R. 4. Rein. — G. R. 11. 1. bis 4. Die beschuldigten Rechtsbehörden sind der Armenverwaltung gegenüber rechtfähig ohne Wirkung.

— G. R. 14. Die Klage erscheint fast ansichtslos. 2. 14 Tage. 3. Beides richtig; auch: zuhanden. — G. R. 20. Der Wädchler kann Abschied und Zahlung des Restkapitales verlangen, ist auch zur Rückgabe der Anzahlung nicht verpflichtet.

— W. D. 93. 1. Ja, zur Hälfte. 2. und 3. Rein. 3. und 4. Das liegt im Belieben des Mannes. 6. Das müssen Sie selber entscheiden. — Wille 1870. 1. Sechs Wochen vor Vernehmung eines Stalenderquartals. 2. Nach neuer Rechtsprechung: Ja. 3. Ja. 4. Rein. 5. An etwa zwei Tagen je etwa zwei Stunden.

— G. R. 14. Sie werden für die Miete haften, sofern der Mietsvertrag noch für eine weitere Zeitdauer läuft. — Emma. 1. Die Klagen unzulässig, alle Scheidungsgründe aufzuheben. 2. Ja, eventuell unter Voraussetzung des Amtsgerichts. — G. R. 555. Ja. — G. R. Charlottenburg. 1. Sie sind haftbar, auch hat der Vermieter ein Zurückbehaltungsrecht.

2. Freie Vernehmung der Privatangeklagten. — A. Hainichen 4. 1. und 4. Ja. 2. Rein. 3. Klage oder Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls. — B. 2627. Zeugnis der Heimbefehls über Ihre Staatszugehörigkeit sowie Abschied über Ihre Verlassenschaft am Ort (solange unrichtig beschleunigt, Mietsvertrag). Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten, kann auch bei Ihrem Polizeirevier angebracht werden.

Aus aller Welt.

Schweres Grubenunglück in Oberschlesien.

Am Dienstagabend befahren auf dem Stahlwerk Königshütte Werkmeister Wabulla, Ausseher Langgösch, Vorarbeiter Puhl und Maurer Gorny einen Fahrstuhl, der nach einem unterirdischen Luftkanal führt, in dem sich stidige Gase befanden.

Verunglückten konnten aber nur als Leichen geborgen werden. Auch die Retter hatten die Verunnung verloren, sind aber heute wieder außer Gefahr. Wie von der Betriebsleitung mitgeteilt wird, lag eine Betriebsnotwendigkeit, den Kanal zu befahren, in keiner Weise vor.

Es ist vielleicht nicht festzustellen, wo die Schuld an dem schweren Unglück liegt, da die Beteiligten nicht mehr reden können. Höchst unwahrscheinlich ist aber, daß die Verunglückten rein zu ihrem Privatvergnügen in den Tod gefahren sind.

Absturz eines deutschen Militärfliegers.

Bei den zurzeit an der brandenburgisch-sächsischen Grenze stattfindenden Armeemannövern hat sich am Mittwochvormittag ein schwerer Unfall zugetragen. Von den in Sonnenwalde stationierten Offizierfliegern stürzte in der Nähe von Ranschhausen der Offizierflieger Siebert aus etwa 50 Meter Höhe ab und erlitt am Brustkorb sowie am Hals schwere Verletzungen. Sein Passagier kam mit leichteren Verletzungen davon.

Auch aus Athen kommt die Meldung von dem tödlichen Absturz eines Fliegers. Der griechische Aviatiker Karamantakis, der zu einem Flug nach Patras aufgestiegen war, stürzte bei Korinth in's Meer und ertrank.

Folgenschwere Bombenexplosion.

In Doiran, einer Ortschaft an der Bahnstrecke Saloniki-Serres, explodierte am Dienstag auf dem Marktplatz eine Bombe. Angeblich wurden 25 Personen getötet und gegen 80 verwundet. 19 Verwundete wurden nach Saloniki und eine Anzahl in das Spital nach Serres gebracht. Die Mehrzahl der Toten und Verwundeten sind Mohammedaner. Die Bombe war, in einem Getreidesack verborgen, auf den Marktplatz gebracht worden.

Ueberschwemmung des Rhein- und Moseltales.

Infolge der anhaltenden Regenfälle und des starken Steigens der Nebenflüsse ist der Rhein über seine Ufer getreten. Der Pegelstand betrug nachmittags 3 Uhr 4,50 Meter. Das Wasser wächst ständig. Auch die Mosel ist seit gestern um annehmend dreierhalb Meter gestiegen und überflutet die niedrig gelegenen Ufer fast auf der ganzen Länge ihres Mittellaufs.

Die verdrehte Welt.

Wie ein Telegramm aus London meldet, fällt seit gestern in der ganzen Grafschaft North-Devonshire Schnee. Es herrscht fürchterliche Kälte und ein scharfer Wind.

Kleine Notizen.

Die Pest in Marokko. Ein Telegramm aus Casablanca meldet, in der Stadt sei ein Kranker unter Anzeichen von Pest gestorben.

Russische Räuberleben. In Nowotzkerlaff überfielen bewaffnete Räuber die in der Vorstadt Michailowka gelegene Reichsrentei.

Eisenbahnunfall in Nordamerika. Bei Erie in Pennsylvania entgleiste ein nach dem Osten gehender Zug infolge Achsendruckes.

Untergang eines Hamburger Dampfers. Wie die Hamburger-Zeitung mitteilt, ist der Dampfer „Kamerun“, der im Africadienst der Linie beschäftigt ist, vor Grand Bassa, einer Hafenstadt von Liberia, untergegangen.

Briefkasten der Redaktion.

B. G. 1889. Nach märkischem Recht ja. Der Vater kann jedoch die Erklärung abgeben, daß er nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches erben will; dann würde sich der Anspruch nicht durchführen lassen.

— 55. 1. und 2. Straßer hat sich bisher niemand gemacht. Es empfiehlt sich, daß der junge Mann sofort auf dem Polizeirevier Mitteilung macht.

— G. R. 54. Wenn die Vaterhaft zu gerichtlichen Protokoll anerkannt ist, läßt sich der Einwand, daß mehrere Männer in der Empfangszelle der Kindesmutter beigegeben haben, nicht mehr erheben.

— G. R. 7. Rein. — D. 9. 100. Nur dann, wenn das Kind auf Klage des geschiedenen Mannes für unehelich erklärt worden ist.

— G. R. 39. 1. Ja. 2. Ja, beim Amtsgericht. — G. R. 4. Rein. — G. R. 11. 1. bis 4. Die beschuldigten Rechtsbehörden sind der Armenverwaltung gegenüber rechtfähig ohne Wirkung.

— G. R. 14. Die Klage erscheint fast ansichtslos. 2. 14 Tage. 3. Beides richtig; auch: zuhanden. — G. R. 20. Der Wädchler kann Abschied und Zahlung des Restkapitales verlangen, ist auch zur Rückgabe der Anzahlung nicht verpflichtet.

— W. D. 93. 1. Ja, zur Hälfte. 2. und 3. Rein. 3. und 4. Das liegt im Belieben des Mannes. 6. Das müssen Sie selber entscheiden. — Wille 1870. 1. Sechs Wochen vor Vernehmung eines Stalenderquartals. 2. Nach neuer Rechtsprechung: Ja. 3. Ja. 4. Rein. 5. An etwa zwei Tagen je etwa zwei Stunden.

— G. R. 14. Sie werden für die Miete haften, sofern der Mietsvertrag noch für eine weitere Zeitdauer läuft. — Emma. 1. Die Klagen unzulässig, alle Scheidungsgründe aufzuheben. 2. Ja, eventuell unter Voraussetzung des Amtsgerichts. — G. R. 555. Ja. — G. R. Charlottenburg. 1. Sie sind haftbar, auch hat der Vermieter ein Zurückbehaltungsrecht.

2. Freie Vernehmung der Privatangeklagten. — A. Hainichen 4. 1. und 4. Ja. 2. Rein. 3. Klage oder Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls. — B. 2627. Zeugnis der Heimbefehls über Ihre Staatszugehörigkeit sowie Abschied über Ihre Verlassenschaft am Ort (solange unrichtig beschleunigt, Mietsvertrag). Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten, kann auch bei Ihrem Polizeirevier angebracht werden.

Advertisement for Frack-Verleih-Institut, S. Berg Nacht, Borchardt, Friedrichstr. 115/1, am Oranienb. Tor, Tel.: Nord 7402, 37142.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bierfahrer

**Hermann Kadenbach**

Herrfurthstr. 1 (21. Bez.) verstorben ist

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Totab-Richthofes, Hermannstr. 1, aus statt.

Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

**Hermann Brandt**

(Wollstraße 15) am 9. September an Schlaganfall gestorben ist

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 12. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des rübischen Friedhofes in der Seestraße aus statt. Regte Beteiligung erwartet

121/4 Die Ortsverwaltung.

Am 9. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, entschlief nach langen, mit großer Geduld ertragenen Leiden mein herzenguter Vater, unter treuherziger Fürsorge, Schwäger, Schwägerin und Enkel, der Bierfahrer

**Hermann Kadenbach.**

Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

Wilhelmine Kadenbach geb. Krüger

Die Beerdigung findet Freitag, den 13. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Totab-Richthofes aus statt.

Am Dienstag, 10. September, vormittags 4 1/2 Uhr, ist mein lieber Mann, der Schriftfeger

**Friedrich Bromm**

nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen.

**Frau Wwe. Anna Bromm**

geb. Gutzelt  
Herrnstr. 1, Hauptstr. 1.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Herrnstr. 1, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, meines guten Vaters, sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen der Firma H. Hoffmann unseren herzlichsten Dank.

**Frau M. Schröder**

nebst Kindern.

**Dankagung.**

Für die reichen Spenden und die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten, Arbeitskollegen und Genossen des 4. Kreises, Abt. 30, sowie dem Redner für die trostreichen Worte und den Sängern unseren herzlichsten Dank.

**Wwe. Wroz und Kind.**

**Buchbinder! Buchdrucker!**  
Habe Berlin, Friedrichstr. 14, einen **Bierausschank** eröffnet. — Bitte um regen Besuch.

**Otto Haak.**

*Josefelli*

# Juno

## 2 Pfg.-Cigarette

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**  
(E. H. Nr. 2 Hamburg. Oertliche Verwaltung Berlin.)  
Donnerstag, den 12. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelstr. 15, Saal III:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl eines Kassiers für den zweiten Bezirk. 3. Befriedigung der Anträge zur Generalversammlung.  
**Der Vorstand.**  
A. H.: Richard Schröder, Berlin O., Tüftler Str. 7, p. IV.

**Arbeiter-Schwimmverein Berlin.**  
(R. d. L.-Schw.-V.)  
Morgen Freitag, den 13. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „**Herolinn-Festale**“, Schönhauser Allee 28.  
**Öffentliche Versammlung**  
Zweck: Gründung einer Schwimmabteilung für die Volks-Badeanstalt Oberberger Straße, in welcher Genosse **Dr. Silberstein** einen Vortrag über: Die gesundheitlichen Vorteile des Badens und Schwimmens im Sommer und Winter halten wird. — Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche den Schwimmsport pflegen oder Schwimmen lernen wollen, sind zu dieser Versammlung eingeladen. — Diejenigen Arbeiter, welche einem bürgerlichen Schwimmverein angehören, sind besonders eingeladen. **Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse der Drechsler**  
u. verw. Gewerbe zu Berlin.  
Am Donnerstag, den 19. September 1912, abends 8 Uhr, findet eine **Außerordentliche General-Versammlung** im „**Gewerkschaftshaus**“, Engelstr. 15, Saal 3, statt, wozu die Vertreter der Kasse hiermit ergebenst eingeladen werden.  
Tagesordnung:  
Beschlusfassung über das Fortbestehen unserer Kasse.  
**Der Vorstand.**  
J. H.: Gustav Tiedt, Vorsitzender.

**Möbel**  
Kaufen Sie am billigsten direkt in d. Fabrik  
**Stallschreiberstraße 57 (Mörchplatz).**  
Verkauf im Fabrikgebäude  
**R. Harnaack**  
Tischlermeister.  
Zahlungserleichterungen.

**Erfinder**  
fordern vor Patentanmeldung das best. Nachschlagebuch: **„Wann ist eine Erfind. verwerfbar?“**  
**gratis**  
v. C. v. Ing. Jäger, Dr. Bröckner, Berlin SW 81 n. d. Kais. Palastamt.

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.  
**Riesenlager echter Perser Teppiche**  
**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Abgepaßte Fenster, weiß und crème**  
p. Fenster 2<sup>33</sup>, 3, 4-60 M.  
imit. Polt-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>75</sup>  
Elegante Sezessions-Tüll-Stores . . . . . M. 1<sup>85</sup>  
Gestickte echte Spaatel-Stores . . . . . M. 7<sup>75</sup>  
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores . . . . . M. 3<sup>85</sup>  
Tüllbettdecken, Größe 160/220 cm . . . . . M. 2<sup>50</sup>  
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken . . . . . M. 6<sup>75</sup>  
Elegante Tüll-Boltrückwände . . . . . M. 6<sup>75</sup>  
Brise-Bise (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.  
Nach auswärts p. Nachnahme.

**Spezial-Katalog** mit zirka 650 Abbildungen **gratis und franko.**  
**Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise.**  
Gear. 1889.  
**Invaliden-Oliga Jacobson,** str. 145, II.

**Die reellsten und billigsten Möbel**

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

**Warnung vor Nachahmung**  
des echten gesetzl. gesch. **Kapitän-Kautabaks**  
dringend geboten.  
Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift: „Kapitän-Kautabak“ geliefert.  
**Carl Röcker, Berlin, Gröner Weg 119. Amt Königstadt 8861**

**Möbel-Angebot.**  
Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen (solche einzelne Möbel gegen mäßige Rindergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postfächer 79, Solman 28.  
**Kein Abzahlungsgeschäft.** 2422\*

**Möbel** liefert auf **Teilzahlung** bequeme bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**  
Vorzeiger dieses erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

Ziehung unwiderruflich 24. und 25. September in Bonn.  
**Rheinische Lotterie**  
Lose à 1 Mk. 11 Lose für 10 Mk. Porto und Liste 20 Pf. extra. Gesamtwert Mark 5717 Gwinn.  
**80 000** darunter 40 Tausend Mark  
**50 000** und 2577 Gwinn Wert Mark  
**30 000** unter Hauptgewinn Wert Mark  
**10 000**  
Lose in Lotteriegeschäften, Loseverkauftellen u. durch Bankgeschäft  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin C., Breitestraße 8.  
Telegr.-Adr.: Güttemüller.

**Spezialarzt**  
f. Haut- und Harnleiden, nach Schwäche, „Ehrlich 606“ u. u. Co. fort. Laborat. i. Blutuntersuchung, Fäden i. Harn u. u. gegenüber Panoptikum.  
**Dr. Homeyer**  
Friedrichstr. 81, Sonn. 11-2  
Ehonorar mäßig, auch Teilzahl.

**Wir kaufen bei Graff & Braune**  
in Röntgenstr. a. d. Vorortstrecke Bernau, 20-Pfg. Tour, 6 Min. v. Bahnhof, Parzelle baureif, 15 M. Sonntags Verkauf. Trift, Ecke Friedenstr. Briefadresse: Berlin, Katzbachstr. 24.

**Vorjährige**  
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ufster, Gebrockanzüge, Smoking auf Seide 30-70 M.  
**Versandhaus Germania**  
21. Unter den Linden 21.  
Sonntags nur von 8-10 geöffnet.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. dicht am Moritzplatz  
10-2, 5-7; Sonntags 10-12, 2-4

**Farben-Lacke**  
Leinölfirnis Pfd. 40 Pf.  
Bleiweiß . . . 25  
Deckweiß . . . 10  
Borst-Fbb.-Lek. 55  
Wärl. Ocker Pfd. 15  
per 10 Pfund frei Haus  
**M. Franke,**  
Magazinstr. 12a.

**Am Brunnenstr. 7 Möbel-Lechner**  
**Spezial-Möbel-Haus**  
auf Kredit und gegen bar.  
Anzahlungen auf Stuben u. Küchen 20, 35, 50, 75, 100 usw. Einzelne Möbelstücke von 25 Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, deren Konto beglichen, ev. ohne Anzahlung. Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen, Küchenauswahl.  
Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 50 M. an 5 M. gutgeschrieben. Auf Wunsch Bettreter. Sonntags Geschäftszeit 8-10. Jezt Gelauftes, erst Oktober Lieferbares kann bis dahin kostenlos lagern. Beim Kauf braucht nur ein kleiner Teil angezahlt, Anzahlungsrest kann bis Lieferung in Teilzahlungen beglichen werden.

# MANOLI Kardash

**Jeden Tag im Monat eine andere Suppe**  
mit **MAGGI** Suppen. Mehr als 40 Sorten wie Reis, Reis-Julienne, Rumford, Sago, Tapioka, Sternehen, Erbs mit Schinken, Nudeln, Königin-Suppe usw.  
**MAGGI** Suppen schmecken ganz vorzüglich. Verlangen Sie deshalb ausdrücklich **MAGGI** Suppen mit der Schutzmarke  Kreuzstern.  
„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

# Gegen die Teuerung

lautet die Parole der werktätigen Bevölkerung. — Ein Mittel zum Schutz gegen die Verteuerung der Lebensmittel ist in der

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

zu erblicken. Die Genossenschaften schalten den Zwischenhandel aus und können deshalb billigere oder für den gleichen Preis bessere Waren verkaufen als die Privatgeschäfte. — Diese Ansicht wird von weiten Bevölkerungskreisen geteilt; **Beweis:** unsere

### 60000 Mitglieder.

Das letzte Geschäftsjahr brachte uns einen Umsatz von

### 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Mark.

Wir verfügen über

**eigene Groß-Bäckerei, Konditorei, Selterwasser-Fabrik, Kaffee-Rösterei und andere kleinere Betriebe.**

Um der Bevölkerung einen Einblick in unser Unternehmen zu geben, laden wir diese für

### Sonntag, den 15. September er., 10-12 Uhr,

zu einer

## Besichtigung unserer Betriebsanlagen

ein. — Die Besichtigung ist jedermann gestattet. — Von der Beschaffenheit unserer Waren kann sich jeder in unseren über Groß-Berlin verteilten

### 91 Verkaufsstellen

überzeugen. Dieselben befinden sich:

#### In Berlin:

- |  |   |  |   |   |
|--|---|--|---|---|
| <p><b>NW.</b> Erasmusstr. 5<br/>Kloster Str. 33<br/>Eubener Str. 50<br/>Stendaler Str. 5<br/>Hfnowstr. 16<br/><b>N.</b> Nordufer 4b<br/>Logenstr. 4<br/>Willdenowstr. 30<br/>Raxstr. 13a ab 1./10.<br/>Hochstädterstr. 6</p> | <p><b>N.</b> Prinzenallee 85<br/>Ewinenländer Str. 33<br/>Greifenhagen Str. 84<br/>ab Mitte Septemb.: <b>Yshener</b><br/>Strasse 19<br/>Huffitenstr. 53<br/>Gartenstr. 3<br/>Schibelbeiner Str. 9<br/>Soldiner Str. 103<br/>Berichtstr. 3</p> | <p><b>N.</b> Fehrbelliner Str. 54<br/>Hochmeisterstr. 16a<br/>Stolpische Str. 24<br/>Weimstr. 46<br/><b>NO.</b> Bölowstr. 34<br/>Wissstr. 63<br/>Wüschingstr. 12<br/><b>O.</b> Markstr. 37, ab 20. Sept.<br/>Grüner Weg 15</p> | <p><b>O.</b> Jorndorfer Str. 61<br/>Liebigstr. 7<br/>Kochmannstr. 14<br/>Kopernikusstr. 3<br/>Pöbikerstr. 7<br/>Mürlbachstr. 28<br/>Küstner Platz 4<br/><b>SO.</b> Forster Str. 3<br/>Ranteuffelstr. 91</p> | <p><b>SO.</b> Adalbertstr. 36<br/>Brangelstr. 65<br/><b>S.</b> Graefestr. 65<br/>Alte Jakobstr. 57/59<br/><b>SW.</b> Kochstr. 62<br/>Krndstr. 5<br/>Wasserlostr. 20<br/><b>W.</b> Goebenstr. 17, Ede-Gulmstr.</p> |
|--|---|--|---|---|

#### In den Vororten:

- |   |   |  |   |  |
|---|---|--|---|--|
| <p><b>Adlerhof, Bismarckstr. 11</b><br/><b>Alt-Ottens, Köpenicker</b><br/>Strasse 32, ab 1. Oktober:<br/>Rudower Str. 59<br/><b>Baumshulenteve, Baum-</b><br/>schulenteve 33a<br/><b>Bohnsdorf, Straße 21</b><br/><b>Brig, Berberstr. 31</b><br/><b>Charlottenburg, Ballstr. 23</b><br/>Kaiserin-Augusta-Allee 55<br/>Botsdamer Str. 30<br/>Weimarer Str. 29<br/>Besjend, Fredericiastr. 11</p> | <p><b>Erker, Köpenicker Str. 55</b><br/><b>Friedenau, Roselstr. 7</b><br/><b>Friedrichsfelde, Capriwi-</b><br/>Allee 44<br/><b>Friedrichshagen, Friedrich-</b><br/>strasse 98, ab 1. Oktober:<br/>Strasse 12<br/><b>Grünau, Köpenicker Str. 8</b><br/><b>Johannisthal, Bismarckstr. 6</b><br/><b>Karlshorst, Treptow-Allee 100</b><br/><b>Köpenick, Berliner Str. 5</b><br/>Borgmannstr. 5<br/>Rüggelheimer Str. 48</p> | <p><b>Lichtenberg, Bürgerheim-</b><br/>strasse 102<br/>Kronprinzenstr. 1<br/>Rittergutstr. 22<br/>Rogartstr. 2<br/>Wismarplatz 3<br/>Wühlischstr. 67<br/><b>Marientorf, Kaiserstr. 110</b><br/><b>Neutölln, Weisstr. 52</b><br/>Emser Str. 33<br/>Wildebruchstr. 61/62<br/>Friedelstr. 15<br/>Böhmisches Str. 47</p> | <p><b>Münchener Str. 39</b><br/>Steinmehstr. 107<br/><b>Nieder-Schönhausen, Kaiser-</b><br/>Wilhelm-Str. 79<br/><b>Ober-Schöneweide, Edison-</b><br/>strasse 50<br/>Luisenstr. 12<br/><b>Pankow, Bollanstr. 102</b><br/><b>Reinickendorf-Ost, Hoppe-</b><br/>strasse 16<br/>Holländerstr. 126</p> | <p><b>Schöneberg, Apostel-Paulus-</b><br/>Strasse 40<br/>Gutenstr. 1<br/>Eberstr. 26<br/><b>Südende, Lichterfelder Str. 38</b><br/><b>Tempelhof, Berliner Str. 39</b><br/>Dorsstr. 19/20<br/><b>Treptow, Graefstr. 58</b><br/><b>Weißensee, Langhansstr. 144-</b><br/>145, ab 1. Oktober: Lang-<br/>hansstrasse 7<br/><b>Wilmerdorf, Augustastr. 3</b></p> |
|---|---|--|---|--|

Die Verkaufsstellen sind geöffnet an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends. Sonntags geschlossen.

Eröffnet wird demnächst je eine Verkaufsstelle in:

- |  |   |                        |                             |                          |
|--|---|------------------------|-----------------------------|--------------------------|
| Berlin, Uferstraße 14b<br>Transvaalstraße. | Lichterfelde-Pankow, Kaiser-<br>Wilhelmstraße 48. | Neutölln, Weserstraße. | Pankow, Berliner Straße 47. | Weißensee, Lehderstraße. |
|--|---|------------------------|-----------------------------|--------------------------|

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

e. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße 22—26.

Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Eine neue Lokalliste

erschient Mitte September. Alle Aenderungen bezw. Neuaufnahmen sind bis heute den 12. September an die Mitglieder der Lokalkommission einzureichen.

Neukölln. Freitagabend 7 Uhr: Flugblattverbreitung. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Mitroschhof. Heute Donnerstag, vormittags 10 Uhr: Zahlmorgen im Jugendheim, Bismarckstr. 11.

Pankow. Heute abend 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Bernau. Heute Donnerstag: Zahlabend für I. und II. Bezirk bei Adolf Hermann, Bürgermeisterstraße; III. und IV. Bezirk bei Adolf Temmler, Wallstraße. Die Bezirksleitung.

Möntgenial. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Zahlabend bei Marx. Wichtige Tagesordnung. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß jeder sein Mitgliedsbuch mitzubringen hat. Die Bezirksleitung.

Spandau. Freitag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in der Brauerei Bichelsdorf eine Protestversammlung gegen den Lebensmittelwucher statt. Parteigenossen, sorgt durch rege Propaganda für Massenbesuch der Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Sinter den Kientopp-Kulissen.

Die Kinematographen-Industrie hat ihren Höhepunkt vielleicht noch nicht überschritten. In deutschen Städten werden zur Zeit über 2000, allein in Groß-Berlin annähernd 300 „Kientoppe“ unterhalten. Wenn viele derartige Theater nach einigen Monaten des Bestehens eingehen, so liegt das wohl weniger an einer Ueberfüllung des Publikums als an der Konkurrenz und an zum Teil recht minderwertigen Darbietungen. Je besser der Film, der ja die Seele des Unternehmens ist, desto höher auch der Preis.

Die kinematographische Großindustrie in Berlin dominiert in der südlichen Friedrichstadt bis nach der Ritterstraße hinein, wo man allerorten auf Filmfabriken, Filmverleiher und -händler, Filmagenten und kinematographische Aufnahme-Ateliers stößt. So wird es erklärlich, wie irgend ein besonderes Ereignis, das sich am Vormittag in Berlin abspielt, schon am Abend in den Berliner Theatern auf dem Film verewigt ist. Jede größere Firma hat einen privaten, nicht öffentlich benutzbaren Kientopp für die Kundschafft. Hier werden dem kaufwilligen alle Neuheiten gezeigt, die die Polizeizensur im Keller des Volkspalastes am Alexanderplatz bereits passiert haben, also freigegeben sind. Die Wahl ist dann schwer, weil gleichzeitig in jeder Woche über hundert Neuheiten auf Lager sind, und noch schwerer ist es, den Geschmack des Publikums zu treffen, der sich ganz nach der Stadtgegend, nach der Größe des Theaters, nach den Eintrittspreisen und manchmal anderen richtet. Dabei bleiben Reinfälle nicht aus, denn selbst unser die Vorstadt-Kientoppe besuchendes Publikum ist schon sehr kritisch geworden und lehnt einen neuen Film womöglich gleich bei der Premiere ab, was sich schnell herumprägt. Bedauerlicherweise werden schöne Naturbildungen im Bilde noch viel zu wenig beachtet. Ein geschickter Kientoppbesitzer wird es aber verstehen, auch weniger sensationelle Filme, die auf die Bildung berechnet sind, in sein Programm aufzunehmen. Es existieren sogar schon regelrechte Prüfungskommissionen, aus Künstlern, Schriftstellern, Lehrern und anderen Fachleuten zusammengesetzt, die die richtige Auswahl des Programms besorgen. Die Kabinettstüde für sich bilden die zahlreichen Berliner Aufnahmeateliers, in denen es so originell zugeht, daß man in einer verkehrten Welt zu sein glaubt. Immer häufiger werden auch bei uns in Berlin nach ausländischem Muster die Filmaufnahmen in aller Öffentlichkeit, wobei es häufiger zu den drolligsten Szenen und Verwickelungen, die nicht im Programm stehen, kommt. Erfindungskunst und Darstellungstechnik von Leitern und Kinoschauspielern sind bewundernswert, aber auch eine neue Erscheinung für das alte Wort, daß die Kunst nach Brot geht.

Wandergewerbescheine mit Photographie. Wandergewerbescheine müssen vom 1. Januar 1913 an mit Photographie des Inhabers versehen sein. Gemeinsame Wandergewerbescheine haben das Bild des Unternehmers zu tragen. Ist ein Unternehmer nicht vorhanden, so müssen die Scheine mit dem Bilde eines Mitgliedes versehen sein. Dieser Aenderung der Gewerbeordnung ist jetzt die Ausfüllungsanweisung angepaßt worden. Anträge auf Erteilung der Scheine können bei der Polizei des Wohnorts und des Aufenthaltsorts angebracht werden. Die Photographie muß dabei unaußgezogen in Visitenkartenformat eingereicht werden. Sie muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopfhöhe von mindestens 1,5 Zentimeter haben und darf in der Regel nicht älter als 3 Jahre sein. Die Beschäftigten müssen bei der zuständigen Klassenkasse angemeldet sein. Die Verhöre fertigt den Schein möglichst schnell aus. Er wird den Finanzabteilungen der Regierungen, in Berlin der Verwaltung der direkten Steuern, zur Ausstellung des Gewerbescheins überandt.

Öffnung des Räderwaldes bei Bernau.

Zu der auch von uns dralich gerügten Sperrung städtischen Waldes bei Bernau wird jetzt aus dem Rathaus gemeldet: „Es ist wiederholt der Wunsch geäußert, die der Stadt Berlin gehörenden Waldungen bei Bernau der Bevölkerung zur Benutzung frei zu geben. Genannt waren besonders die Waldungen bei Schönwalde, Müdnitz, Schönau und Ladeburg. Davon sind die schönen Waldungen am Gorin (Schönwalde) dem Publikum schon gegenwärtig nicht verschlossen. Sperrungen bestanden nur in den Gemarkungen Schönau, Müdnitz und Ladeburg. Die Verbotstafeln, welche nicht eine völlige Sperrung des Waldes beabsichtigten, sondern nur an bestimmten Punkten dem Publikum das Abgehen von den öffentlichen Wegen auf Nebenwege und in die Waldbestände hinein verwehren wollten, waren schon seit längerer Jahren vorhanden. Bei einer jetzt vorgenommenen örtlichen Nachprüfung hat sich ergeben, daß die Aufhebung der Verbote in den meisten Fällen erfolgen kann. Nur Schonungen sollen als solche durch Tafeln besonders kenntlich gemacht werden. Die Verwaltung der städtischen Güter hat das Erforderliche bereits eingeleitet.“

Schöneberger Schauspieler-Wettbewerb. In der Zeit vom 4. bis einschließlich 7. Oktober findet in Schönberg ein Schauspieler-Wettbewerb statt, der von dem Verein für Gewerbe, Handel und Industrie veranstaltet wird.

Zur Vermeidung von Aenderbischfällen sollen einer Meldung zufolge künftig sämtliche, im Bau befindlichen Leitungsfäden der

Ueberlandzentrale sofort nach dem Auslegen auf die Isolatoren unter Strom gelegt werden. Es ist daher vor dem Entleeren der Leitungsmaste, sowie vor dem Verdrängen von Drähten, die etwa durch den Sturm zerissen — herabhängen zu warnen. Diese Warnung gilt besonders für Kinder, für die Leitungsmaste beliebige Objekte zum Beweis ihrer Kletterluste sind, oder die Drähte in der Nähe von Hochspannungsleitungen steigen lassen.

Gestern morgen wurde auf der Staaken-Dallgowter Grenze, südlich der Lehnert Bahn, unter der Leitung der Ueberlandzentrale, am Raß Nr. 12, ein Mann tot aufgefunden, der an den Händen und im Gesicht stark verbrannt war. Es ist nicht anders anzunehmen, als daß er mit den Drähten der Ueberlandzentrale in Berührung gekommen war und dabei seinen Tod gefunden hat. Ob der unbekannte Mann, der keine Ausweispapiere bei sich trug und sogar das Monogramm aus dem Leichentuch geschnitten hatte, Selbstmord begangen hat, oder ob er zu einer Diebesbande gehörte, die Draht stehlen wollte, und nachher von seinen Spießgesellen, als sie sein Unglück sahen, im Stich gelassen worden war, bringt vielleicht die Untersuchung zutage. Der Mann, der im Alter von 40 bis 50 Jahren stand, war mit einem sehr neuen Jackettkonjag bekleidet und trug weiße Ober- und Unterwäsche; das Hemd ist gezeichnet mit den Buchstaben A. O. Außerdem hatte er schwarze Gummistiefel und braune Strümpfe an. Auf seinem Kopfe trug er einen braunen Hut mit brauner Einfassung.

Wie leichtfertig Herrschaften Diensthoten der Unehrlichkeit beschuldigen, hat schon öfters festgestellt werden müssen. Nach einer Zuschrift trifft das auch zu auf den Vorfall, der sich dieser Tage in der Kolonnenstraße 58 ereignete und über den wir schon berichteten. In der Familie des in diesem Hause wohnenden Kaufmannes S. war ein Ring verlegt worden. Das Dienstmädchen kam in den Verdacht, den Ring sich angeeignet zu haben. Es kam dieserhalb zu Auseinandersetzungen, die schließlich das in ihrem Ehrgefühl gekränkte Mädchen zu einem Selbstmordversuch veranlaßten; es sprang aus dem Fenster der vierten Etage auf den gepflasterten Hof, wo es schwer verletzt liegen blieb. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Kurze Zeit darauf wurde der Ring, der obendrein keinen großen Wert besitzt, aufgefunden.

Sieben Personen bei einer Explosion in der A. E. G. verletzt. In der Hochspannungsfabrik der A. E. G. in der Brunnenstraße ereignete sich ein Unfall, bei dem sieben Personen verletzt wurden. In der Schaltanlage des Prüffeldes erfolgte aus bisher unaufgeklärter Ursache eine Explosion. Ein Diplomingenieur, ein Werkmeister und fünf andere Beamte und Arbeiter, die in unmittelbarer Nähe der Schaltanlage standen, wurden von Stichflammen getroffen und im Gesicht und an den Händen verbrannt. Die Verletzten mußten nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht werden. Ihr Befinden ist zufriedenstellend. Die Ursache der Explosion wird sich erst nach eingehender Vernehmung der Verletzten feststellen lassen.

Bei einem Straßenzugunfall überfahren und getötet wurde in der vergangenen Nacht ein Mann, dessen Identität noch nicht genau festgestellt ist. Als dieser gegen 2 Uhr vor dem Hause Frankfurter Allee 27 den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von einem Straßenzugunfall der Linie 77 erfasst und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach der Hilfswache in der Warschauer Straße verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schanhausen gebracht. Der Unbekannte ist ungefähr 33 Jahre alt und etwa 1,70 Meter groß. Hat dunkelblondes Haar, einen blonden Schnurrbart und eine Stiege und trug einen bunten Jackettkonjag und einen schwarzen steifen Hut. Wie es scheint, war der Mann in einem größeren Betriebe angestellt, denn man fand in seiner Tasche eine Lohnkarte, die den Namen O. Bruchlich enthielt. Seinen Verletzungen erlegen ist auch der 72 Jahre alte Hausdiener Eduard Lehmann, der an der Kreuzung der Markgrafen- und Mohrenstraße von einem Kraftwagen überfahren wurde. In der Charité, wohin er nach Anlegung des Notverbandes auf der Hilfswache in der Kronenstraße gebracht wurde, stellte der Arzt schwere Rippenbrüche, einen Oberarmbruch und schwere Querschunden an der rechten Kopfseite und der rechten Hand fest, an deren Folgen er gestern verstarb. Der „barmherzige“ Samariter, der dem alten Manne auf dem Transport von der Unfallstelle nach der Hilfswache die Schindelfäden im Werte von ungefähr 3000 M. aus seiner Ledertasche stahl und damit spurlos verschwand, ist bisher noch nicht ermittelt worden.

Ein schwerer Straßenzugunfall hat sich am gestrigen Mittwoch früh in der Prenzlauer Allee zugetragen. Dort wollte der Arbeiter Petrusch gegen 1/8 Uhr auf einen fahrenden Straßenzugunfall der Linie 60 aufspringen, glitt jedoch ab und geriet unter den Vorderreifen des Wagens. Er erlitt einen komplizierten Bruch des linken Unterschenkels und eine Kopfverletzung. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation Notverbände und wurde dann nach dem Krankenhaus Verbanen geschickt.

Abgestürzt. In Johannisthal stürzte gestern nachmittags der Flieger Stiefvater aus etwa dreißig Meter Höhe ab und wurde sehr schwer verletzt. Er erlitt Beinbrüche, Wunden im Gesicht und innere Verletzungen.

In der Ermittlung einer Frau mit vier Kindern in der Samariterstraße 9, über die wir am 4. September berichteten, ersucht uns die Eigentümerin des Hauses mitzuteilen, daß die Frau „vorschriftsmäßig rechtzeitig zur Räumung gefündigt worden sei“. Was darunter zu verstehen ist, ist nicht recht klar. Die Eigentümerin bestritt auch, daß von ihr oder ihrem Verwalter Möbel für einständige Miete einbehalten wurden.

Verhaftung eines Kohlenhändlers. Nach längerer Vermählungen ist es gestern der Schöneberger Kriminalpolizei gelungen, einen raffinierten Gauner festzunehmen, der schon seit einigen Monaten in den westlichen Vororten mit gutem Erfolge sein Gewerbe betrieb. Es handelt sich um den 33jährigen Wächter Willi Behersdorff aus der Gustav-Müller-Str. 24, der in folgender Weise zu Werke ging. Er suchte hauptsächlich die Portiere solcher Häuser auf, in denen am Tage vorher Kohlen abgeliefert worden waren. Er stellte sich als Angestellter der lesenden Firma vor, zeigte auch einen Lieferchein derselben und erklärte dann, daß er beauftragt sei, den Betrag für die Ware einzulassen. Da aber der Empfänger nicht zu Hause sei, bitte er den Portier, das Geld für die Kohlen zu vorauslagern. In vielen Fällen erhielt der Portier so größere Geldbeträge, da er sicher und vertrauenswürdig auftrat. V. schaute sich auch nicht, unter irgend-einem Vorwande Portiers um größere und kleinere Geldbeträge anzuborgen, indem er sich dabei immer als Angestellter irgendeiner großen bekannten Kohlenfirma ausgab und erklärte, in der Nähe etwas erledigen zu müssen, wozu ihm leider einige Mark fehlten. Auch hiermit hatte der Schwindler meist Glück. In einem Falle stellte er sich als Wächter Brandt der in Schönberg sehr bekannten Kohlenhandlung von Bergmann und der Firma Salomon aus Charlottenburg vor und mußte mehrere Portiers in der Hauptstraße in Schönberg zur Vergabe erheblicher Beträge zu veranlassen, indem er angab, mit einer Kohlenlieferung nach dem betreffenden Hause unterwegs zu sein, daß aber das eine Rad des Wagens gebrochen und er nun gezwungen sei, aus der Nähe einen anderen Wagen zu mieten, und die Kohlen umladen zu lassen. Mit dem Versprechen, das Geld sofort bei Eintreffen der Kohlen zurückzuerhalten, ließ er sich von den leichtgläubigen Hausmeistern Beträge bis zu 20 M. geben, um dann aus Kinnertwiedersehen zu verschwinden. Auf die vielen Anzeigen hin stellte die Schöneberger Kriminalpolizei umfangreiche Nachforschungen an und gestern konnte der Gauner auf der Straße

von einem Beamten verhaftet werden. Behersdorff wurde in das Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Sechster Wahlkreis. In der Verammlung am 8. September in den Pharusälen ist ein Bund Schlüssel gefunden worden. Dasselbe kann in unserem Bureau Neue Hoffstr. 23 abgeholt werden.

Wer ist der Tote? Aus der Spree gelandet wurde gestern vor dem Grundstück Zimmstr. 4 die Leiche eines unbekannten Mannes, der Papiere auf den Namen eines Wädgergelehen Alfons Rönspich bei sich führte. Eine Wohnung war darauf jedoch nicht angegeben und konnte bisher auch nicht ermittelt werden. An der rechten Kopfseite und der rechten Hüfte weist die Leiche, die nach der Halle in Alt-Stralau gebracht wurde, große Wunden auf, die allem Anschein nach von Schiffschrauben herrühren.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Im Krankenhaus angehekt!

Daß ein Kranker in einem Krankenhaus sich noch eine neue Krankheit holt, die dort durch Ansteckung auf ihn übertragen wird, das ist gar nicht so selten. Ueber einen Fall dieser Art, der in dem Krankenhaus der Stadt Neukölln vorgekommen war, hat unser Magistrat durch die Krankenhausdeputation sich geäußert. Er mußte das, weil aus der Krankheitsübertragung ein Anspruch auf Ermäßigung der Arztkosten hergeleitet wurde.

Ein Knabe Alfred H. war im Alter von fünf Vierteljahre am 9. März mit einer Lungenerkrankung in das Krankenhaus eingeliefert und im oberen Stockwerk von Pavillon 17 untergebracht worden. Nach fünfwöchiger Pflege, die anscheinend erfolgreich war, traten plötzlich Anzeichen eines beginnenden Keuchhustens auf. Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Knabe diese neue Erkrankung nicht von Hause mitgebracht, sondern erst im Krankenhaus erworben hatte. Als am darauffolgenden Besuchstag, den 14. April, die Eltern das Kind in einem Zollierraum des unteren Stockwerks vorfanden, lag es bei offenem Fenster und offener Tür ohne Jade im hochgezogenen Hemd vollständig bloß da, so daß es ganz kalt geworden war. Den Eltern, die sich darüber nicht wenig wunderten, erzählte die Pflegschwester, daß der Kleine wegen Keuchhustenverdachts hier untergebracht sei und frische Luft haben solle. Die Mutter beschwerte sich noch beim Arzt und erhielt von ihm einen Bescheid, den sie dahin verstand, daß das Kind nicht in diesem Zustand hätte angetroffen werden dürfen. Auf eine Zurechtweisung durch den Arzt soll die Pflegschwester geantwortet haben, das Kind habe sich selber die Jade ausgezogen. Der Verdacht einer Erkrankung an Keuchhusten bestätigte sich bald, und Alfred H. wurde nun festlich auf die Veranda hinausgebracht, um frische Luft zu haben, wie es bei Keuchhusten wünschenswert ist. Auch am 21. April, einem ziemlich windigen Tage, fanden die Eltern zu ihrer großen Verwunderung den Knaben auf der Veranda. Am 22. April, reichlich sechs Wochen nach seiner Ueberweisung an das Krankenhaus, erkrankte er dann an einer Mittelohrentzündung. Es darf als sicher angenommen werden, daß er diese neue Erkrankung ebenso wie den Keuchhusten, erst im Krankenhaus erworben hatte. Am 29. April mußte eine Operation ausgeführt werden. Als am 5. Mai bei einem Besuch der Eltern das Kind wieder vollständig bloß da lag, beschwerte sich am 6. Mai die Mutter bei dem Arzt, der jetzt die Behandlung hatte. Dieser erklärte, wenn es der Mutter nicht passe, so könne sie das Kind mitnehmen. Schon am 7. Mai traf bei den Eltern die telegraphische Nachricht ein, daß der Zustand sich verschlimmert habe. Nachdem Alfred dann vier Tage bewußtlos gelegen hatte, starb er am 11. Mai. Nach die letzten Stunden an seinem Bett zu verweilen, wurde der Mutter nicht gestattet.

Der Vater richtete am 29. Mai an den Magistrat eine Beschwerde über die seinem Kinde widerfahrte Behandlung und bat zugleich, ihn von den auf 189 Mark berechneten Arztkosten einen Teil zu erlassen. Er begründete das damit, daß die weitere Erkrankung des nur mit Lungenerkrankung eingelieferten Kindes dem Krankenhaus zur Last zu legen sei. Die Krankenhausdeputation des Magistrats gab unterm 4. Juli den folgenden Bescheid, der, wie die ganze Angelegenheit, erst jetzt zu unserer Kenntnis gelangt ist:

Zur Beschwerde vom 29. Mai 1912: Nach Aussage der Ärzte unseres Krankenhauses ist die Velleidung Ihres Kindes immer eine ausreichende gewesen; bei milderer Witterung ist ihm außer dem Hemd auch eine Jade angezogen worden. Allerdings ist es öfters vorgekommen, daß sich das Kind in seiner Unruhe selbst entblöße hat. Dem ist aber sofort, nachdem es bemerkt wurde, abgeholfen worden. Auch die Behauptung über Erlaltung durch Zugluft trifft nicht zu. Keuchhustenkrankes Kinder werden zwar möglichst der freien Luft angelegt, selbstverständlich aber in ausreichender Kleidung und vor rauher Witterung und Zugluft geschützt, was im vorliegenden Falle geschehen ist. Bezüglich der Ansteckung des Kindes mit Keuchhusten bemerken wir, daß die obere und die untere Station des Pavillons nicht nur äußerlich durch eine Treppe, sondern auch durch den gesonderten inneren Betrieb völlig voneinander getrennt sind. Der Tagesdienst auf dieser Station wird für die Patienten mit ansteckenden Krankheiten vollständig getrennt von den anderen auf dieser Station untergebrachten Kranken versehen. Für die Nachschwester, die allerdings die obere und die untere Station beaufsichtigen muß, bestehen besonders strenge Vorschriften, die eine Verschleppung der ansteckenden Krankheiten unbedingt verhindern. Die Ansteckung des Kindes ist wahrscheinlich auch gar nicht durch Vermittlung der Schwester erfolgt, sondern dadurch, daß auf die Kinderabteilung ein keuchhustenerkranktes Kind gelegt worden ist, dessen Krankheit bei der Aufnahmeuntersuchung noch nicht als ansteckend erkannt werden konnte. Als durch die Beobachtung auf der Station Keuchhusten festgestellt wurde, war die Uebertragung auf andere Kinder bereits erfolgt. Ein derartiger Fall kann aber unmöglich unseren Krankenhausärzten zum Vorwurf gemacht werden, und es wird sich auch bei sorgfältigster Untersuchung bei der Aufnahme nicht vermeiden lassen, daß ein solcher Fall eintritt. Der Assistenzarzt Dr. Herrmann hat angegeben, daß er die gesammelten Worte in der von Ihnen wiedergegebenen schroffen Art und Weise nicht gebraucht hat. Er habe auf das Verlangen Ihrer Ehefrau, dem Kinde noch eine wollene Jade, die sie selbst mitgebracht hatte, anzulegen, nur gelagt, daß die Velleidung des Kindes mit den Sachen des Krankenhauses (Hemd und Jade) ausreichend sei, und wenn sie (Ihre Ehefrau) eine weitere Velleidung des Kindes für notwendig halte, sie das Kind mit nach Hause nehmen könne. Diese letzte Aeußerung des Arztes war auch nach unserer Ansicht unangebracht und würde von uns auf jeden Fall gerügt werden, wenn der betreffende Arzt seine Stellung nicht inzwischen ausgegeben hätte. Die von Ihnen geäußerte Kritik über die den Kindern verabreichte Medizin ist nach dem Gutachten des ärztlichen Direktors so absurd, daß wir es ablehnen, darauf einzugehen. Nach vorliegenden Aufzeichnungen können wir ein Verschulden unserer Krankenhausverwaltung nicht anerkennen und müssen Ihren Antrag auf Ermäßigung des Arztkostenbetrages in Höhe von 189 Mark ablehnen. Dr. Mann.

Gegenüber dieser Ablehnung und ihrer Begründung drängen sich einige Bedenken auf. Daß Kinder sich entblößen, weiß jede Pflegerin. Wer ein krankes Kind bei offenem Fenster und offener Tür liegen läßt — daß sie offen standen, wird in dem Bescheid nicht ausdrücklich bestritten —, der muß eine Entblößung zu verüben suchen. Abgeholfen worden sei „sofort, nachdem es bemerkt wurde“. Wie zeitig oder spät es bemerkt wurde, darüber schweigt der Bescheid. Will man wissen, was für Wetter an dem betreffenden Tage war? Die Meteorologische Station ermittelte für den 14. April morgens um

7 Uhr nur 8<sup>o</sup>/<sub>10</sub> Grad Celsius, mittags um 2 Uhr nur 7<sup>o</sup>/<sub>10</sub> Grad Celsius. Für den 21. April ermittelte sie zwar 9<sup>o</sup>/<sub>10</sub> Grad Celsius morgens um 7 Uhr und 18<sup>o</sup>/<sub>10</sub> Grad Celsius mittags um 2 Uhr, aber um 2 Uhr wehte ein Südostwind von der Stärke 4. Der Magistrat bestreitet, daß der Reuchhusten durch die Pflege des weiten übertragen worden sei. Er erzählt etwas von „vollständiger Trennung“ des Betriebes der oberen und der unteren Station, muß aber in demselben Atemzug zugeben, daß bei Nacht beide zusammen von einer und derselben Schwester besorgt werden. Es gehört viel Mut dazu, zu behaupten, daß da eine Verdrängung ansteckender Krankheiten „unbedingt verhütet“ werde. Richtig ist, daß Einschlüpfung von außen nicht immer vermieden werden kann. Aber selbst wenn ein solcher Fall hier vorliegen sollte, wird der Magistrat nicht dem Vater des angelegten Kindes die dadurch entstandenen Unkosten aufbürden dürfen.

Man laßt dem Vater nur raten, daß er den Anspruch auf Kostenermäßigung im Klagewege zu erstreiten versucht. Vom Magistrat fordern wir, daß er die völlige Isolierung der Patienten mit ansteckender Krankheit durchführt. Sein Bescheid läßt nicht erkennen, daß er die Notwendigkeit einsieht. Der einzige Lichtblick in dem Bescheid ist, daß der Magistrat den Arzt, wie er's verdiente, preisgegeben hat.

### Wilmersdorf-Halensee.

#### Zu den Stadtverordnetenwahlen.

In seiner am Dienstag abgehaltenen Sitzung hat der Magistrat bestimmt, wie die Angesehnen und Nichtangesehnen für die im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen auf die einzelnen Bezirke zu verteilen sind. Für die dritte Wählerabteilung, auf die sich unsere Agitationsarbeit ausschließlich zu erstrecken hat, stellt sich das Verhältnis folgendermaßen:

Der erste Bezirk der dritten Abteilung, der den westlichen Teil von Halensee umschließt, ist der einzige, in welchem bei den diesjährigen Wahlen nicht gewählt wird. Er wird zurzeit durch einen Mieter in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Der zweite Bezirk dritter Abteilung umfaßt den mittleren Teil von Halensee. Hier scheidet der Demokrat Hausbesitzer Pincus aus, der voriges Jahr im einstigen neunten Bezirke mit unserer Hilfe zum Stadtverordneten gewählt wurde und der nun bei der kürzlich erfolgten Neueinteilung der Bezirke nach Halensee verwiesen worden ist. Pincus verzicht nach auswärts und kommt daher als Kandidat nicht weiter in Betracht. Da hier bereits ein Hausbesitzer als Vertreter vorhanden ist, kann infolge der Neueinteilung noch ein Mieter zum Stadtverordneten gewählt werden.

Der dritte Bezirk hat einen Hausbesitzer zu wählen. Hier scheidet der Stadtverordnete Gnädig aus. Der Bezirk wird umschlossen im Norden von der Stadtgrenze, im Osten von der Emser Straße, im Süden vom Hohenzollernbaum und im Westen von der Schweidnitzer, der Joachim-Friedrich- und der Hektorstraße.

Im vierten Bezirk ist ein Hausbesitzer und ein Mieter an Stelle der ausscheidenden Stadtverordneten Gründling und Roll (Demokr.) zu wählen. Die Grenzen des Bezirks bilden die Emser, Liebenburger, Jasanen- und Gängelstraße.

Der fünfte Bezirk wählt infolge der Neueinteilung einen Mieter. Er bildet die nordöstliche Ecke von Wilmersdorf und erstreckt sich gleichfalls südlich bis zur Gängelstraße.

Der sechste Bezirk liegt südlich vom dritten Bezirk und erstreckt sich bis zur Streifensstraße. Er hat einen Hausbesitzer neu zu wählen.

Der siebente Bezirk wählt nach der Neueinteilung einen Mieter. Er erstreckt sich von der Gängelstraße bis zum Seepark und von der Augusta- und Sigmaringenstraße bis zur Kaiserallee.

Der achte Bezirk wählt neu einen Mieter. Der Bezirk bildet die östliche Grenze des mittleren Ortsteils.

Der neunte Bezirk hat einen Hausbesitzer und einen Mieter zu wählen. Es scheidet hier aus der Mieter Dr. Heinich und der Mieter Kühnen. Der Bezirk umfaßt den ganzen südlich des Seeparks und der Bagdadsfelder Straße gelegenen Ortsteil.

Im Ganzen werden dadurch, daß die Zahl der Stadtverordneten von 48 auf 60 vermehrt wird, die einzelnen Bezirke der dritten Abteilung wie folgt vertreten: Der erste Bezirk durch einen Mieter, der zweite Bezirk durch einen Mieter und einen Hausbesitzer, der dritte Bezirk durch zwei Hausbesitzer, der vierte Bezirk durch einen Mieter und einen Hausbesitzer, der fünfte Bezirk durch einen Mieter und einen Hausbesitzer, der sechste Bezirk durch zwei Hausbesitzer, der siebente Bezirk durch zwei Mieter und einen Hausbesitzer, der achte Bezirk durch einen Mieter, der neunte Bezirk durch drei Mieter und zwei Hausbesitzer.

Der Größe nach zählen der erste Bezirk der dritten Abteilung 709, der zweite 1615, der dritte 1026, der vierte 1701, der fünfte 1689, der sechste 1585, der siebente 2432, der achte 748 und der neunte 2597 Wähler. Es bleibt ein Geheimnis des Magistrats, warum er

nicht allein die Zahl der Wahlbezirke von 11 auf 9 verkleinert, sondern bei der Neueinteilung auch Bezirke von so merkwürdig verschiedener Größe geschaffen hat.

Der sozialdemokratische Wahlverein wird schon in der nächsten Woche in einer Versammlung zu den Wahlen Stellung nehmen.

### Charlottenburg.

Am Freitag, den 13. d. M., abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, findet die Generalversammlung des Vereins „Arbeiter-Jugendheim Charlottenburg“ statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Staatsbürgerliche Erziehung“. 2. Geschäftliches.

### Schmargendorf.

Durch loderndes Wasser verbrüht wurde die 23jährige Plätterin Marie Fidler aus der Brunnenstraße. Das junge Mädchen war in einer Großwäscherei in der Breitestr. 61 in Schmargendorf tätig. Es war ihre Aufgabe, von den Waschmaschinen den festverschlossenen Deckel zu heben, und die Wäsche herauszuschaffen. Als sie vorgestern einen der Deckel löste, schoß plötzlich ein mächtiger Strahl lodernden Wassers heraus und ergoß sich über die Unglückliche. Der ganze Körper des jungen Mädchens sowie das Gesicht und beide Arme wurden total verbrüht. Die Schwerverletzte wurde nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht, wo sie fast hoffnungslos darniederliegt.

### Reinickendorf.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich vorgestern in der Papierstraße 15 zugetragen. Die dort wohnende Schlosserfrau Fehring hatte ihren zweijährigen Sohn zu einer Nachbarin gebracht, mit deren dreijährigem Sohn der kleine F. fast täglich spielte. Die Nachbarin mußte nun die beiden Knaben für einen Augenblick allein in der Küche lassen, da sie in der Stube etwas zu tun hatte. Diesen Moment benutzte der kleine F., um von einem Stuhle auf die Brüstung des offenstehenden Küchenfensters zu klettern. Beim Hinabspringen benutzte sich das Kind zu weit hinaus in die Tiefe, wo es mit zerquetserten Gliedern tot liegen blieb.

### Rallberge-Rüdersdorf.

Ein eigenartiges Verhalten legte, so wird uns berichtet, der hiesige Ortsgemeinliche Pastor Petreins anlässlich der dieser Tage stattgefundenen Beerdigung der 19 Jahre alten Arbeiterin Anna M. an den Tag. Die M. war im Rüdersdorfer Verband-Krankenhaus an den Folgen eines unerlaubten Eingriffs gegen feindendes Leben verstorben. Eine solche Tat, die nicht zum wenigsten auf das Konto der heutigen Gesellschaftsordnung zu setzen ist, gab dem Geistlichen nach Versicherung der Beteiligten Anlaß, sich bei dem Begräbnis in unpassenden Bemerkungen gegen die Verstorbene zu ergehen. Unter den Anwesenden lösten die Worte des Seelorgers recht sonderbare Empfindungen aus. Durch Vorgänge der hier erwähnten Art wird die Kirche auch am hiesigen Ort mit der Zeit eine Flucht ihrer bisherigen Anhänger erleben.

### Wildau-Bohlersee.

Die Opferwilligkeit unserer Guropatrioten wurde wieder einmal grell beleuchtet in der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertretung, in welcher neben einigen noch zu erledigenden Gas- und Straßenbau-Angelegenheiten die Bewilligung eines Beitrages zur National-Flugschule auf der Tagesordnung stand. Unsere Genossen betonten, daß sie es aus prinzipiellen Gründen ablehnen, aus Gemeindegeldern für derartige Sammlungen etwas zu bewilligen; die Gemeindevertretung habe auch bisher nach diesem Grundsatze gehandelt. Außerdem sei den Personen, welche sich an der Sammlung beteiligen wollten, in dem im Orte zahlreich errichteten Sammelstellen genügend Gelegenheit hierzu geboten. Hieraus entspann sich eine interessante Diskussion, aus welcher zu entnehmen war, daß die private Sammlung, wie auch in anderen Orten, nicht den erwünschten Erfolg gezeitigt habe. Die Gemeinde sollte daher mit ihren Mitteln nachhelfen. Von gegnerischer Seite wurde betont, daß, wenn private Sammlungen verlagen, die Gemeinde verpflichtet sei, Beiträge zu leisten. Genosse Taenzer betonte nochmals, daß wenn dem Antrage zugestimmt würde, die Gemeindevertretung nicht im Sinne des weitest ausgedehnten Teiles der Einwohner handelte. Der Antrag unserer Genossen, jeden Beitrag hierfür abzulehnen, wurde mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt und der Antrag Dr. Jhlder, 50 M. zu bewilligen, gegen 8 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur unsere Genossen.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Kampf der Polizeibehörde in Potsdam gegen den Arbeiterturnverein.

Der Männerturnverein „Frisch auf“ in Potsdam hat nunmehr etwa ein Jahr unter der Verfolgung der Polizeibehörde zu leiden. Hierbei hat diese Behörde eine recht sonderbare Rolle gespielt. Die Potsdamer Polizeibehörde hat nämlich das Vertrauen zu den ordentlichen Gerichten verloren, weil das Potsdamer Schöffengericht und auch die Strafkammer des Potsdamer Landgerichts den vernünftigen Standpunkt eingenommen hat, daß ein Arbeiterturnverein nicht schon politisch sei, weil er dem Arbeiterturnbund angehört. Die Strafkammer des Potsdamer Landgerichts hat in der Strafsache gegen den Arbeiterturnverein (Sb. E. 210/11) in der Sitzung vom 8. Mai 1912 wörtlich erklärt: „Die Tatsache allein, daß der genannte Verein dem Arbeiterturnbunde, der von dem Oberverwaltungsgericht als ein politischer Verein wiederholt angesehen worden ist, angehört, beweist noch nicht, daß der Verein ein politischer sei.“ Die Potsdamer Polizeibehörde hatte nun im November des vergangenen Jahres den Männerturnverein „Frisch auf“ aufgefordert, die Statuten einzureichen und die Vorstandsmitglieder anzumelden. Der Verein beschwerte sich beim Regierungspräsidenten und auch beim Oberpräsidenten gegen diese Aufforderung der Polizeibehörde ohne Erfolg. Die Polizeibehörde hätte nun eigentlich, nachdem am 21. Januar dieses Jahres die Beschwerde des Turnvereins vom Oberpräsidenten abgewiesen worden war, den Turnverein mit einem Strafmandat belegen müssen. Aber das tat sie nicht, weil ja das Schöffengericht am 16. Januar den Arbeiterturnverein freigesprochen hatte, vielmehr wartete sie erst die vom Staatsanwalt eingeleitete Berufung ab und als diese nun auch in ziemlich klarer und deutlicher Weise verworfen und der Arbeiterturnverein als nicht politisch erklärt worden war, wählte sie einen anderen Weg, dem Potsdamer Männerturnverein an den Stragen zu gehen. Sie ging auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung gegen den Turnverein vor. In diesem Verfahren sind die ordentlichen Gerichte ausgeschieden und hat das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz zu entscheiden. Am 15. Juli hat der Vorsitzende des Turnvereins von neuem eine Aufforderung erhalten, die Statuten und die Vorstandsmitgliederliste einzureichen unter Androhung einer Geldstrafe von 150 M. oder entsprechender Haft auf Grund des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung. Die Beschwerde hiergegen beim Regierungspräsidenten ist abgewiesen worden und eine noch schwebende Beschwerde beim Oberpräsidenten, in der auf das Urteil des Potsdamer Landgerichts hingewiesen worden ist, muß ebenso wie eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Erfolg haben, falls diese Behörden nicht auf die freisprechenden Entscheidungen der ordentlichen Gerichte pfeifen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am 15. September: I. Uckermark-Großschiffahrtskanal-Möller Ebn. Abfahrt Stettiner Bahnhof 5.59 Uhr vorm. II. Strausberg-Blumenthal-Senenberg. Abfahrt Schief. Bahnhof 5.31 Uhr vorm. III. Rehfelde-Wäldchen-Schmied-Dammhock-Wängeb. Abfahrt Schief. Bahnhof 6.18 Uhr vorm. IV. Fürstentum-Gangelsberg-Ortner. Abfahrt Schief. Bahnhof (Henzung) 7.15 Uhr vorm. V. Welsch-Kommershies-Weidow. Abfahrt Stett. Bahnhof (Vorortbahnhof) 6.40 Uhr vorm. VII. Jungfernheide-Saaltal-Tege. Treffpunkt 2 Uhr nachm. Bahnhof Jungfernheide.

Marktblatt von Berlin am 10. Septbr. 1912, nach Ermittlung des künftigen Preisniveaus. Kartoffelpreise (Kleinhändl.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Rosen 30.00-50.00. Speldeböhen, weisse, 30.00-50.00. Linen 35.00-70.00. Kartoffeln (Kleinhändl.) 6.00-10.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 1.80-2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.50-1.80. Schweinefleisch 1.60-2.40. Kalbfleisch 1.50-2.40. Hammelfleisch 1.70-2.40. Butter 2.20-3.00. 60 Stück Eier 3.60-6.00. 1 Kilogramm Karpen 1.40-2.40. Kote 1.60-3.20. Janber 1.40-3.60. Geste 1.60-3.00. Barische 1.00-2.40. Schote 1.60-3.20. Kleie 0.80-1.80. 60 Stück Stroh 2.00-4.00.

Witterungsüberblick vom 11. September 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. g. u. n. g.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. g. u. n. g.
Ewinemde	758	SW	3bedekt	10	4	Haparanda	755	R	8bedekt	4	
Hamburg	755	SW	5bedekt	10	9	Petersburg	760	SW	2bedekt	9	
Berlin	759	S	16stl. dd.	10	11	Edly	768	SW	5wolflig	11	
Krania M.	760	SW	2wolflig	9	9	Aberdeen	767	SW	4bedekt	9	
Kranien	762	SW	2Regen	6	9	Paris	764	SW	2bedekt	9	
Wien	762	SW	Regen	9							

Wetterprognose für Donnerstag, den 12. September 1912. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch sehr veränderlich mit einzelnen Regenschauern und ziemlich lebhaften südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 9.		am 9. 9.		Wasserstand	am 10. 9.		am 9. 9.	
	10.9	9.9	10.9	9.9		10.9	9.9	10.9	9.9
Remel, Aist	161	+8	161	+8	Saale, Großh.	136	+16	136	+16
Bregel, Jüterburg	188	+4	188	+4	Havel, Spandau	34	+4	34	+4
Weichsel, Thorn	246	-25	246	-25	Havel, Rathenow	6	-8	6	-8
Ober-Ralbitz	206	+30	206	+30	Spree, Currenberg	88	+10	88	+10
• Krosen	158	+32	158	+32	Seeflow	78	0	78	0
• Frankfurt	14	+2	14	+2	Weser, Minden	351	+60	351	+60
• Barthe, Schimm	-19	+1	-19	+1	Weser, Minden	390	+40	390	+40
• Landsberg	-8	0	-8	0	Rhein, Maximiliansau	588	+26	588	+26
Rehe, Borsdamm	37	+5	37	+5	• Rand	360	+21	360	+21
Elbe, Zeitzmer	-91	-3	-91	-3	• Köln	397	+25	397	+25
• Dresden	180	-12	180	-12	Redar, Heilbronn	495	+263	495	+263
• Barby	148	-4	148	-4	Rain, Hanau	208	+26	208	+26
• Magdeburg					Rojel, Trier	148	+34	148	+34

+) + bedeutet Hoch, - Fall - \*) Unterpegel. \*) Um 4 Uhr morgens höchster Wasserstand 603 cm.



**Popoline Blusen**  
in verschiedenen modernen Farben  
375 450 575 625 usw.

**Voile- und Tüll-Blusen**  
sehr geschmackvolle Ausstattungen in schwarz, farbig und weiss  
450 550 675 850 usw.



**Kinder-Mäntel**  
Entzückende kindliche Fassons in schönen welchen Fantasiestoffen in prima blau Cheviot und Tuch  
175 250 375 425 500 675 825 1000 usw.

**Kinder-Reefer**  
Entzückende kindliche Fassons in schönen welchen Fantasiestoffen in prima blau Cheviot und Tuch  
175 250 375 425 500 675 825 1000 usw.

Vergleichen Sie unsere Preise!



**Neueste Schotten-Blusen**  
reinwoll. Ware, sehr schick garniert  
625 750 850 1000 usw.

**Seid. Blusen**  
uni und kariert sehr preiswert  
12<sup>50</sup> 14<sup>00</sup> 15<sup>50</sup> 16<sup>75</sup> usw.



**KÖNIGSTR. 33 HAUSESTR. 113**

**Kammgarn- u. Fantasieröcke**  
reizende Fassons, in allen modernen Stoffen, nur gute Ware  
650 775 825 950 usw.

**Kammgarn- u. Fantasieröcke**  
geschmackvoll mit Trese und Knöpfen garniert  
350 375 450 575 usw.

# Mode - Ausstellung

Ausstellungshalle am Zoologischen Garten.

Beachten Sie gefl. unsere interessante Ausstellung von

## Singer Nähmaschinen

und die damit angefertigten für Haus und Industrie bestimmten

hervorragenden Kunststickereien und Näharbeiten

im Erdgeschoß der Halle II, Stand No. 82,

Singer Co., Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin, Leipziger Str. 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Festsäle** zu allen Veranstaltungen an Sonnabenden und Sonntagen in diesem und nächsten Jahre frei! **Armin-Hallen,**  
Gebr. Mehlitz, Inhaber Richard Mehlitz jun.,  
Kommandantenstraße 58/59. Amt 241. 10155.



# LEWINSOHN

Berlin \* Rosenthaler-Str. 40 \* 41

Neue Filiale: Charlottenburg, Mehringstr. 34, Ecke Magazinstr. am Friedrich-Carl-Platz

Sensationell niedrige Preise! ♦ Erstaunlich billige Gelegenheitskäufe!

Herren-Stiefel	Damen-Stiefel	Damen-Halbschuhe	Kinder-Stiefel
Rindbox-Schnürstiefel, auch Zug und Schnalle . . . nur 575	schwarz-Schnürstiefel, Derby Lackk., am. Passons, jetzt nur 395	Schwarze Schnürschuhe m. Derby, Lackk., modern, nur 375	Rindbox, sehr dauerhaft: 25-26 27-30 31-35 2.95 3.45 3.95
Roßchevreaux-Schnürstiefel, Derby, Lackkappe . . . nur 625	Roßchevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schick nur 575	Roßchevreaux, Derby, mit Lackkappe, sehr schick . . . 495	Roßchevreaux, Derby, Lackkappe 25-26 27-30 31-35 3.25 3.95 4.35
Chevreaux-Schnürstiefel, Goodyear-Welt, Lackkappe 865	Goodyear-Welt-Chevreaux-Schnürstiefel, am. Passons, nur 795	Elegante Lackhalbschuhe, sehr elegant . . . . . 575	
Einsegnungs-Stiefel, Mädchen nur 3.95 4.75 5.95		Einsegnungs-Stiefel, Knaben nur 4.95 5.95 6.50	

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 12. Sept. 1912.  
Anfang 7 Uhr.  
Kgl. Opernhaus, Fidelio.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus, Die Blut-  
hochzeit.  
Deutsches Schauspielhaus, Egmont.  
Proter, Der Holzerkönig.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania, Taubenstraße 48/49.  
An den Seen Oberitaliens.  
Zeffireo, Lantini der Razz.  
Deutsches, Erdgeist.  
Nimmerwäldchen, Mein Freund Teddy.  
Kurfürsten-Oper, Der Kuchentiger.  
Berliner, Große Köpfe.  
Königgrätzer Straße, Die fünf  
Frankfurter.  
Alte, Der Unerschämte, Der  
Arzt seiner Ehre, Lottchen's  
Kurtisane.  
Moulin Opereiten, Der liebe  
Augustin.  
Schiller O., Der Misanthrop, Die  
Schule der Frauen.  
E., Charlottenburg, Der  
Tollkühn.  
Residenz, Der Herr von Nr. 19.  
Zahra, Antiochische.  
Suisen, Der Alpenkönig und der  
Wenischensind.  
Herrfeld, Wie man Männer  
bessert, Die Original-Klabrias-  
Partie.  
Trianon, Die Briefstube, Ein  
peinlicher Zwischenfall, Der Dieb.  
Metropol, Schwindelmeier u. Co.  
Casino, Der Großfürst.  
Reichshallen, Stettiner Sänger, Die  
Nacht der Töne.  
Wintergarten, Spezialitäten.  
Apollo, Spezialitäten.  
Passage, Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Lustspielhaus, So'n Bindhund.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus,  
Die feuchte Zuluane.  
Hof, Zapfenreich.  
Walhalla, Nur nicht drängeln.  
Folies Caprice, Der feuchte Joseph,  
Der Rebhock.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volks-theater, Der Meister.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralsplatz, Giddalett: Boomt.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.

Montis Operetten-Theater  
(früher Neues Theater)  
8 Uhr: Der liebe Augustin.  
Operette von Leo Fall.  
**Residenz-Theater.**  
8 Uhr:  
Der Herr von Nr. 19.  
Schwank in 3 Akten von Serouf und  
Baré.  
Morgen und folgende Tage:  
Der Herr von Nr. 19.

**Suisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Alpenkönig und der  
Wenischensind.  
Freitag: Ich lasse Dich nicht.  
Sonnabend: Der Alpenkönig und  
der Wenischensind.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Zapfenreich.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
Es gibt nur ein Berlin, Dr. Nebel.

**Metropol-Theater.**  
Schwindelmeier & Comp.  
Übant-musik, Komödie in 3 Akten, aus d.  
Engl. völlig frei bearb. von R. Freund.  
Musik von H. Nelson, u. a. Länge von  
2 1/2 St. In Szene gef. v. Dir. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Kauchen gefaltet.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr  
Lachen ist die Parole!  
4 Schwestern Ruby  
Humorist. akrob. Potpourri.  
M. Vega Trio  
der Gipfel der Komik.  
Wunderpapagei Lora  
und 8 weitere Novitäten.

**Passage-Theater.**  
Abends 8-11 Uhr  
Gastspiel der sieben Spasmacher  
„Da tut sich was.“  
Große Metropol-Parodie-Revue  
nach dem Englischen aus dem  
Französischen ins Dämliche  
übersetzt von Schmolius Feind,  
Musik von Victor Limburger, in  
Szene gesetzt von Direktor  
Ricardo Shoultz.  
Jean Pedro, Fratzi Massiev,  
Lausch Messing, Pupi Papi,  
Kohn Erzbishop, Luido Quietscher,  
Pfeifen überall gestattet!

**Passage-Panoptikum**  
**Prinz**  
**ATOM**  
Das kleinste mens-  
liche Lebewesen.  
Das Wunder aller Wunder.  
Lebend! Ohne Extra-Entree!  
Telephon:  
Neukölln 406. Weichselstr. 8, vorn III.

# Freie Volksbühne

**Lessing-Theater**  
Schönherr:  
Glaube u. Heimat.  
Die Tragödie eines Volkes.  
**Deutsches Schauspielhaus**  
Goethe: 2 1/2 Uhr:  
Egmont.

**Thalia-Theater**  
Dreyer:  
Des Pfarrers Tochter  
von Streladorf.  
Schauspiel in 3 Aufzügen.  
**Residenz-Theater**  
Dumas:  
Francillon.  
Schauspiel in 3 Aufzügen.

**Abendabteilungen**  
Deutsches Schauspielhaus.  
7 1/2 Uhr: Goethe:  
Egmont.  
**Herrnfeld-Theater**  
Strindberg:  
Der Vater.  
Trauerspiel in 3 Aufzügen.

Die Vorstellungen, die bisher im Neuen Schau-  
spielhaus gegeben wurden, finden bis auf  
weiteres im **Deutschen Schauspielhaus, Friedrich-  
straße 104** (an der Weidendammer Brücke) statt. Anfang  
der Vorstellung im Deutschen Schauspielhaus 2 1/2 Uhr  
Der Abendvorstellungen 7 1/2 Uhr.

Die Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen ab-  
geholt werden. Neue Mitglieder können sich in allen  
Zahlstellen melden. 243/12  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

# Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 15. September 1912, abends 7 Uhr,  
im großen Saale der „Arminhallen“ Kommandantenstr. 58/59:  
**Humoristische und ernste Lichtbilder-Vorträge**  
von Herrn Otto Both-Berlin.  
1. Teil: Der heilige Antonius von Padua. Von Wilh. Busch.  
Mit 75 kolorierten Lichtbildern.  
2. Teil: U. a.: Die Berliner Denkmäler und der Volkswitz.  
Mit ca. 50 farbigen Bildern.  
Nachdem: Gemütliches Beisammensein u. Tanz.  
Billets à 30 Pf. sind vorher bei Horsch, Engelauer 15,  
und bei Gottfr. Schulz, Am Kottbusser Tor, sowie abends  
an der Kasse zu haben. Garderobe frei. 6/12\*

# Hackepeter!

Hauptstr. 139 **Schöneberg** Hauptstr. 139  
Neu eröffnet! 241b\*

**Tanz-Schule Richard Heinrich.**  
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.  
Jeden Sonntag von 3-6 Uhr  
Jeden Dienstag von 8-11 Uhr  
Aufnahme neuer Schüler.  
Hochachtungsvoll  
**Richard Heinrich**  
Telephon:  
Neukölln 406. Weichselstr. 8, vorn III.

**Cirkus Busch**  
Bahnhof Börse.  
Sonnabend, 21. September, abends 8 Uhr:  
**Gala-Premiere.**  
Vorverkauf ab Montag, den 16. September, im  
Cirkus Busch, bei A. Wertheim und Invalidendank. 102/1

**Circus**  
**Alb. Schumann**  
vorm. Rens.  
Karlstr. Tel. Amt Nord 2941

Sonnabend, 14. Sept.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-  
Premiere**  
mit nur durchweg  
**Neuheiten.**

**Herrnfeld**  
Theater  
Wie man  
Männer bessert!  
**Die Original-  
Klabrias-Partie**  
Beide Stücke mit Anton  
und Donat Herrfeld in  
den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.)  
**Voigt-Theater.**  
Gehundenbrunn Badstraße 58  
Sente geschlossen.  
Sonntag, den 15. September 1912:  
Robert und Bertram.  
Montag, den 16. September: Er-  
öffnung der Winterfaison.

**Casino-Theater**  
Kottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben  
**Der Großfürst.**  
Vorher ein anderwählter Spezialität-  
entwurf, nur Künstler ersten Ranges.  
Vorverkauf an der Theaterkasse von  
11-2 Uhr.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der stille See.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. „Die Briefstube“.  
„Ein peinlicher Zwischenfall“.  
„Der Dieb“.

**ZOO**  
**LOGISCHER**  
**GARTEN**  
Täglich:  
Großes Militär-  
Doppelkonzert.  
Eintritt 1 Mark,  
von abends 5 Uhr ab  
50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**LUNA**  
**PARK**  
Letzte Woche!  
Entree 50 Pf.  
Kinder und Zwergstadt bis  
6 Uhr frei.  
Die für 1912 goldsten Billets  
haben f. die achtjährige Saison  
keine Gültigkeit.  
Sonnabend:  
Letzter Elitetag  
mit großem Feuerwerk.  
Entree 50 Pf.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Novitäten:**  
Der feuchte Joseph,  
Der Rebhock,  
Der Einbrecher.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Neu!  
Die Nacht  
der Töne.  
Burlafte  
v. Weyfel.  
Anfang 8 Uhr,  
Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Nibles Fest-Säle**  
Dennewitzstraße 13.  
Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**  
Schöner Naturgarten.  
C. NIBLE.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

